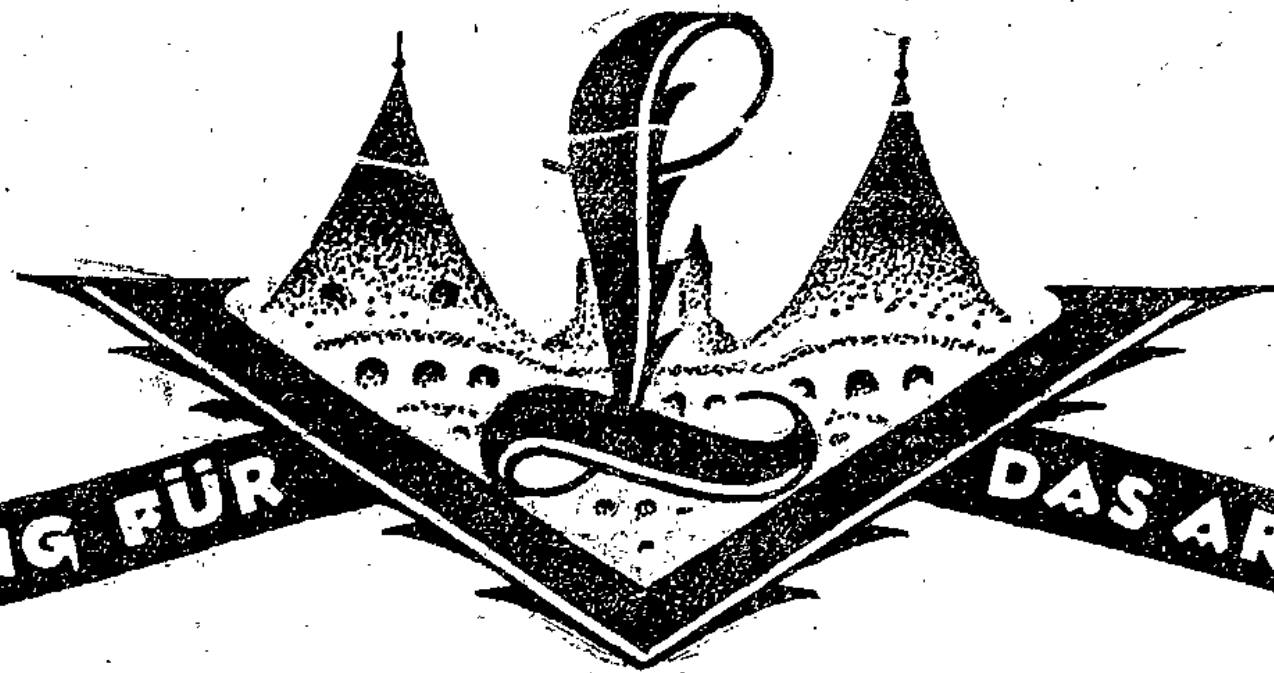


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistaus monatlich 80 Mk., Einzelverkaufspreis 4,00 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mk., Reklamen 45,00 Mk., Beilagengebühr 1000 Stck. 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 221.

Donnerstag, 21. September 1922.

29. Jahrgang.

## Der Parteitag gegen die Teuerung.

SPD. Augsburg, 20. September.

Der Parteivorstand hat dem Parteitag zu Augsburg folgende Entschliessung zur Bekämpfung des Lebensmittelpreises vorgelegt:

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die der Entwertung der Mark folgt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angehörigen, Beamten und weiterer Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Entwertung der Mark im wesentlichen durch das rücksichtslose Verhalten der Exzente hervorgerufen wurde, so darf nicht übersehen werden, daß die hieraus resultierenden Uebelstände sich durch Treiberien an der Börse und den Warenmärkten verschlimmerten.

Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift. Insbesondere muß eingeschritten werden gegen die Geschäftsabläufe, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erzwungen werden.

Es muß Sorge geschaffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird.

Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen.

Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben.

Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für nötig:

1. Die im Gesetz als möglich festgestellte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden kann;
2. Verbot gewerbmäßiger Herstellung und Feilhaltung von Kuchen und Konditoreiwaren.
3. Heranziehung aller leistungsfähigen Kräfte von Handel und Industrie zur Aufbringung der Mittel für den Lebensbedarf der am schwersten leidenden Volksteile (Sozial-, Kleinrentner und so weiter).
4. Begünstigung der Abnahme von Lieferungsverträgen von Kartoffeln. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabnahme nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen.
5. Der Zucker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, die Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug von Auslandszucker zu verweisen. Zur Sicherung der Kontrolle darf der Inlandszucker nicht geblaut werden. Der Auslandszucker ist nur geblaut hereinzulassen.
6. Soweit die Preisliste es gestattet, ist die Einfuhr von Gefrierfleisch zu begünstigen.
7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke nötigen Milch, wenn nicht anders zu erreichen, durch Verbot der Herstellung von Butter.
8. Bier darf nur bis zu einem Stammwürzegehalt von 8 Proz. hergestellt werden.
9. Die Herstellung von Spirit ist in diesem Jahre nur für technische Zwecke zu gestatten.
10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Schankstätten, die Trinkbranntwein ausgeben.
11. Strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung, sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit diese Forderungen zur Durchführung bringt.

## Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Reichspräsident Genosse Loebe legte dem Parteitag folgenden Antrag vor: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet an die Reichsregierung das bringende Ersuchen, unbeschadet der berechtigten Kritik, die an der Organisation und dem Verfahren des Völkerbundes zu üben ist, im Interesse der Teilnahme Deutschlands an einem befriedeten Wirtschaft- und Kulturleben der Menschheit, den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald ihm darin eine der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert ist.

Der Parteitag nahm ferner folgende Anträge an:  
Neugestaltung des Schulwesens.  
Antrag Hellmann, Hamburg:  
Der Parteitag weist die Parteigenossen und -genossinnen mit Nachdruck darauf hin, daß eine stetig wachsende Teilnahme der Arbeiterklasse an der Neugestaltung unseres gesamten Schulwesens und die Mitarbeit der Elternschaft an dieser Erneuerung eine unerlässliche Vorbedingung für den Bestand der Republik und den Ausbau des Volksstaates ist. Er fordert daher alle parteigenössigen Fraktionen der Landtage auf, für die Einziehung von Elternbeiträgen und für die Einräumung weitgehender

Rechte an diese Elternbeiträge einzutreten. Die Lehrerschaft muß zur Zusammenarbeit mit den Elternbeiträgen überall verpflichtet werden. Die Parteigenossen, besonders die Parteifunktionäre, werden aufgefordert, den Elternbeiträgen jede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Der Parteivorstand wird ersucht, zu prüfen, wie durch eine organisatorische Zusammenfassung der sozialdemokratischen Elternbeiträge die Grundlage für eine sozialdemokratische Elternorganisation geschaffen werden kann.

Ferner Antrag Frau Dr. Wegscheider:

Der Parteitag beschließt: a) Die Reichstagsfraktion wird verpflichtet, einem Reichsgesetz nach Art. 116,2 der Reichsverfassung nur im Sinne einer ehlischen Durchführung der Reichsverfassung nach Entstehung und Wortlaut des Art. 146 Abs. 2 zuzustimmen, aber auf die schnelle Verabschiedung eines solchen Gesetzes oder eines Notgesetzes für die Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu dringen. b) Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen, besonders die preussische, werden verpflichtet, mit allen Mitteln für die Durchführung der in der Reichsverfassung geforderten Neuordnung der Lehrerbildung zu wirken.

## Neugliederung des Reiches.

Antrag Loebe:

Zur Prüfung der Frage: Neugliederung des Reiches wird durch den Parteivorstand eine Kommission aus 21 Mitgliedern berufen. Die Kommission wird beauftragt, alles einschlägige Material zu sammeln und zu sichten und einem der nächsten Parteitage Bericht zu erstatten.

## Sozialistische Kultur.

Antrag Schrad, Bielefeld:

Der Parteitag begrüßt das sich in den letzten Jahren so entwickelte sozialistische Kulturleben, dessen Hauptträger die Bildungsausschüsse, die sozialistischen Lehrer und Elternbeiträge, die Jungsozialisten und die Arbeiterjugendvereine sind. Er hält einen planvollen Ausbau der Kulturarbeit und ein organisches Zusammenwirken ihrer Träger für notwendig. Insbesondere sieht er in der Vorbereitung einer Hochschule der Arbeiterbewegung, die sich aufbaut auf die Kurse und Bildungsschulen der Orte und Bezirke, eine wichtige Aufgabe, deren Verwirklichung für die sozialistische Schulung der Massen und die gründliche Ausbildung der Funktionäre der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung ist.

## Reichswehr und Schutzpolizei.

Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie der Republikanisierung der Reichswehr die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden wird. Der im Dienst der bewaffneten Macht stehende Staatsbürger muß zum verantwortungsbewußten Glied des Volkes erzogen werden, das zur äußersten Hingabe für den Schutz der Republik bereit ist. Die Wehrmacht der Republik darf keine Gefahr für den inneren und äußeren Frieden bedeuten und muß so ausgestaltet sein, daß zwischen ihr und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein Verhältnis vollkommenen Vertrauens möglich wird.

Der Parteitag erwartet ferner von der Reichstagsfraktion und von den Fraktionen der Parlamente der Gliedstaaten, daß sie jedes parlamentarische Mittel benutzen, um die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der verfassungsmäßigen republikanischen Regierung zu machen. Dazu gehört die rücksichtslose Entfernung derjenigen Beamten, die sich in monarchistisch-reaktionärem Sinne betätigen, ihre Entziehung durch Männer, die überzeugt auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Staatsform stehen, und endlich die Beschränkung der Schutzpolizei auf diejenigen Aufgaben, die einer reinen Polizeitruppe gestellt sind.

## Gegen die Alkoholeiße.

Anträge Sollmann, Köln:

1. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und unter Hinzuziehung des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes zu beraten, welche praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus zu ergreifen sind. 2. Der Parteitag erklärt, daß die massenhafte Verwendung von Getreide, Kartoffeln, Obst und Zucker zur Herstellung geistiger Getränke mit dem großen Mangel an Nahrungsmitteln in Deutschland unvereinbar ist. Er ersucht die Reichstags- und Landtagsfraktionen, dahin zu wirken, daß das Verbrauchen von Getreide auf ein Mindestmaß herabgesetzt, das Verbrennen von Kartoffeln aber und die Verwendung von Obst und Zucker zur Erzeugung geistiger Getränke verboten wird. Die Einfuhr von alkoholischen Getränken ist zu verbieten. Der Kampf gegen den Alkoholismus ist eine Frage der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung und Schulung der Massen. Die wirtschaftlichen und moralischen Verwüstungen des Krieges haben auch eine unheilvolle Steigerung des Alkoholverbrauchs zur Folge. Es ist eine wichtige Pflicht der sozialistischen Organisationen und ihrer Presse, ausdauernd gegen die schweren sozialen Schäden des Alkoholismus zu wirken und die arbeitenden Massen zu der Rührigkeit und Selbstbeherrschung zu erziehen, denen sie in dieser Zeit gewaltiger Aufgaben, schwerer Kämpfe und großer Not dringender bedarf denn je.

Dollar um 1400.

## Wie schafft man Wohnungen?

Zur Prüfung der Fragen, wie der Wohnungsbau weiterhin zu finanzieren ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Mittel für den Kleinwohnungsbau zu sichern, hat kürzlich ein vom Wohnungsausschuß des Reichstages eingesetzter Unterausschuß getagt. Zu den Beratungen waren außer den beteiligten Dienststellen Sachverständige aus den in Betracht kommenden Kreisen des Wohnungswesens herangezogen.

Nach eingehenden Beratungen hat der Unterausschuß sich dahin entschieden, daß an der Finanzierung des Wohnungsbaues in der bisherigen Weise grundsätzlich festzuhalten und hierzu die Wohnungsgabe als hauptsächlichste Kapitalquelle weiter auszubauen sei unter möglichster Wahrung der sozialen Gesichtspunkte. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder war der Ansicht, daß die bisherige Bewirtschaftungsform des Wohnungsbaues beibehalten werden müsse. Auch die Frage, in welchem Umfang noch vorhandener Raum zum Ausbau von Wohnungen herangezogen werden kann, wurde unterzucht.

Eine besonders eingehende Aussprache fand über die Fragen der Baustoffwirtschaft statt, vor allem darüber, wie von Verbraucherkreisen auf die Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung der Baustoffe Einfluß gewonnen werden könnte.

Das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses soll nunmehr zunächst dem Wohnungsausschuß des Reichstages vorgelegt werden, der sodann darüber Beschluß fassen wird, welche Maßnahmen dem Reichstag zur Durchführung empfohlen werden können.

Wir haben leider allzu viele Gründe zu der Annahme, daß die bisherige Art der Finanzierung des Wohnungsbaues nicht geeignet ist, um in absehbarer Zeit dem schlimmsten Wohnungsmangel abzuhelfen. Die Kapitalquelle der Wohnungsgabe abgesehen fließt nicht stark genug, um mit Milliarden die leeren Kassen so zu füllen, daß daraus die bisher üblichen Baugeschäfte geleistet werden können. Der letzte Marktsturz hat die Baumöglichkeiten so gut wie erstickt und die besten Baugenossenschaften sind am Ende ihres Latens.

Dazu bringt die „Voll. Ztg.“ eine neue Hiobsbotschaft von der Sperrung des Kredits für die Gemeinden durch die Girozentralen. Die Girozentralen verlangen u. a. auch die Einstellung aller schon begonnener Bauten, für welche der Geldbedarf nicht in vollem Umfang gesichert ist.

Mit der bisherigen Art des Wohnungsbaues geht es nicht mehr weiter. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn in zunehmendem Maße Städte und Gemeinden dazu übergehen, die Eintragung in die Wohnungsliste jungen Leuten einfach zu verweigern, wenn sie nicht ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben. Das ist praktisch ein Heiratsverbot für die Arbeiterklasse, deren Nachwuchs in der Regel früher heiratet als die Söhne des Bürgertums, denen auf diese Weise ein Privileg auf eine Wohnung gegeben wird. Es ist höchste Zeit, daß man sich einmal überlegt, ob es nicht noch andere Wege zum Wohnungsbau gibt als den der Baugeschäfte aus den (fast völlig geleerten) Sädeln von Gemeinden und Stadt. Statt eine obere Grenze für die Eintragung in die Wohnungsliste wäre empfehlenswerter, eine untere festzusetzen und von da an die Anwärter auf eine Wohnung für die Beschaffung zu interessieren. Aber nicht nur die jungen Leute selbst haben ein starkes Interesse an der Herstellung von Wohnungen, sondern auch die Unternehmer, die ihre Arbeitskraft ausnutzen. Wir sind gewiß, daß die übergroße Mehrzahl junger Leute — etwa vom Zeitpunkt der Wahlberechtigung an — nicht nur die Notwendigkeit der Leistung von Beiträgen zum Wohnungsbau einsehen, sondern auch bereit sein werden, ganz erhebliche Beiträge zu leisten, sofern sie die Aussicht haben, auf diese Weise in absehbarer Zeit zu einer Wohnung zu kommen. Ebenso gewiß ist allerdings, daß viele Unternehmer Schwierigkeiten machen werden, obwohl es einschlägige Unternehmerkreise gibt, die freiwillig sich zur Zahlung von Beiträgen zum Wohnungsbau bereitgefunden haben.

Es dürfte den Gemeinden nicht allzu schwer sein, mit Hilfe der schon bestehenden gemeinnützigen Baugenossenschaften und den Wohnungsämtern einen Weg zu finden, der die jungen Anwärter auf Wohnungen produktiv zusammenführt, statt sie mit einem Federstrich vom legalen Wohnungsmarkt auszuschließen.

## Belgien befriedigt.

II. Paris, 20. September.

Der Brüsseler Korrespondent des „Matin“ hat eine Unterredung mit dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis, der ihm erklärte, die deutsch-belgischen Verhandlungen seien zu einem günstigen Abschluß gelangt. Man habe von Deutschland Schuldverreibungen verlangt, die auf den Weltmarkt gegeben werden könnten. Belgiens Ansprüche seien vollständig befriedigt worden, da die Garantie der Reichsbank durchaus genügend erachtet. Um die Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten in London habe sich die belgische Regierung nicht zu kümmern. Belgien erhalte Schuldverreibungen von Deutschland, wie sie die Reparationskommission gefordert hätte. Das sei alles.



# Wiederaufbau-Abkommen.

SPD. Berlin, 21. September 1922.

Dem Stinnes-Abkommen und dem Abkommen der württembergischen Rohstoff-Gewerkschaft m. S. mit der französischen Gallini-Gruppe schließt sich ein neues Wiederaufbau-Abkommen an. Zwischen der „Chambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Armé“, der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmergruppen angehört und der „Recherches-Siemens, Vereinigte Bauindustriellen in Berlin“ ist am 14. September in Paris ein Vertrag abgeschlossen über ein gemeinschaftlich aufzustellendes Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die deutsche Gesellschaft übernimmt die deutsche Hälfte eines in dem Accord Gillel vorgezeichneten Mandatars, dem insbesondere die Erledigung der gesamten Formalitäten des Sachleistungsabkommens obliegt. Die französische Gruppe gründet eine besondere Baumaterialienbeschaffungsgesellschaft, die sich im französischen Wiederaufbauminiisterium als französischer Mandatar einschreiben läßt. Absatz 3 der Abmachungen verpflichtet den französischen Unternehmerverband, alle ihm im zerstörten Gebiet übertragenen Arbeiten gemeinschaftlich mit deutschen und internationalen Unternehmergruppen auszuführen. Die deutsche Gesellschaft übernimmt es durch die angeschlossenen Bauunternehmergruppen unter Führung der „Jocu“ Industrie Tief- und Hochbau A. G. Düsseldorf, mit der deutschen Bauindustrie in Verbindung zu treten, um die Grundlagen für die im Abkommen vorgesehenen Bauausführungen festzulegen. Die beiden Gruppen wählen eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentritt, um über alle einleitenden Maßnahmen für die Durchführung des Wiederaufbauprogramms im nächsten Frühjahr zu verhandeln.

Die französische Gruppe hat ihrer Regierung von dem Abkommen bereits Mitteilung gemacht und die Zustimmung wirksamer Unterstützung erhalten. Soweit das im Stinnes-Luberjac-Vertrag vorgesehene Kohlenabkommen zur Durchführung gelangt, soll es auch dieser Gruppe zugute kommen. Die deutsche Gruppe hat sich verpflichtet, auch von der deutschen Regierung Unterstützung zu erbitten. Die Verhandlungen der beiden Gruppen mit einem neutralen Finanzministerium haben vor dem Abschluß. Eine ganze Reihe französischer Firmen hat für das nächste Jahr weites Ausmaß der Bauten in Höhe von 338 Millionen Francs bereits ihre Einverständnisse mit der „Jocu“ (Recherches-Siemens-Kommanditgesellschaft) abgeschlossen, damit die nötigen Vorbereitungen in die Wege geleitet werden können.

Der der Berliner Presse übergebene Bericht über dieses Abkommen sagt in seinem Schluß, daß das französische Wiederaufbauminiisterium einer Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Prozent der Gesamtarbeiterzahl zugestimmt hat. Nach dem Stand der bereits in Ausführung begriffenen Arbeiten würde es sich um ungefähr 150 000 Arbeiter handeln, wovon nach anderen Meldungen 40 000 Deutsche sein sollen.

## Die Gewerkschaften und der Wiederaufbau.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben mit dem Reichsanwalt über das Stinnes-Abkommen verhandelt. Die Gewerkschaften haben schwere Bedenken vorgebracht, die sich besonders auf die möglicherweise übermäßigen Gewinne für die Unternehmer aus diesem Vertrag beziehen. Diese Gewinne werden eine für das Wirtschaftsleben unerfreuliche Preissteigerung für das Material zur Folge haben. Die Verhandlungen der Gewerkschaften werden nun mit dem Wiederaufbauminiisterium fortgesetzt werden.

Wie der „Matin“ mitteilt, ist der Aktionsausschuß für die zerstörten Gebiete mit Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Bauarbeiterverbandes zusammengekommen und hat von den Besprechungen, die in Berlin zwischen Souhaur und den deutschen Bauarbeitern erörtert worden sind, Kenntnis genommen. Die Delegierten haben beschlossen, bei ihrer Arbeit die für eine Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu bleiben. Am 22. September findet in Köln infolge einer ergangenen Einladung eine Zusammenkunft zur Prüfung der Bedingungen der Zusammenarbeit statt.

Gegenüber der hartnäckigen Ungegenständlichkeit der „Roten Röhre“ sei festgestellt, daß der betretende „Aktionsausschuß“ den unersichtlichen Wiederaufbauangehörigen ausgesprochen feindselig gegenübersteht und daß die Verhandlungen, die Souhaur hier geführt hat und die nun weitergeführt werden sollen, mit dem Stinnes-Vertrag nicht das mindeste zu tun haben.

## Die Kommunisten und das Stinnes-Abkommen.

Die „Rote Fahne“ behauptet fälschlich, der A. D. G. B. stehe in Verbindung mit einem Abkommen zwischen Luberjac und den französischen Bauarbeitern- und Architektenverbänden, sowie mit der Errichtung eines gemeinsamen Bureaus zur Durchführung der Sachleistungsabkommen und sei auch direkt am Stinnes-Abkommen beteiligt. Das ist natürlich erlogen. Der A. D. G. B. hat im Gegenteil mit dem in Berlin weilenden Vorsitzenden der französischen Gewerkschaftszentrale, Genossen Souhaur, Rücksprache genommen und dabei festgestellt, daß es sich sowohl bei dem im „Temps“ erwähnten Bauarbeiter- als auch Architektenverbänden um hyperkommunistische Organisationen handelt, die im Lager der Moskauer Internationale stehen. Von den Gewerkschaften der CGT. steht keine einzige mit Luberjac in Verbindung. Sollte die „Temps“-Meldung zutreffen, so heißt es sich aufs neue die Erfahrung: „Die Extreme küssen sich“.

Selbstverständlichkeiten, die eine Blamase für die Kommunisten bedeuten, konnten ihnen häufig gemacht werden. Viel gehalten hat es nach nicht. Bei der Qualität der kommunistischen Führer kann nicht vorausgesetzt werden, daß sie sich einer anständigen Kampfweise bedienen und von Verleumdungen Abstand nehmen.

revolutionär sein müssen? — Dittmann verweist den Redner auf den betr. Tagesordnungspunkt. — Schreiber beginnt dann gegen den Vorliegenden zu polemisieren, was Dittmann durch erneutes Glockenzeichen unterbricht, worauf Schreiber abermals seine Meinung über die Einigung wiederholt. Es kommt zu großem Widerspruch des Parteitag. Schreiber schließt dann schließlich mit dem Ruf: Es leben die sozialistischen Parteien von links bis rechts! (Lebhaftes Gelächter und Zwischenrufe: Auf rechts?)

Eine lange Rede hält Friedrich Adler-Wien. Er erklärt u. a., daß die bevorstehende Einigung in Deutschland die internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien in eine sehr schwierige Situation bringe. Er bespricht dann die Geschichte der Parteispaltung in Deutschland, die er zwar überaus bedauert, aber doch wiederum historisch zu rechtfertigen versucht. Die Rede Friedrich Adlers wurde mit möglichem Beifall aufgenommen. Darauf verlagert sich der Parteitag auf Donnerstag tag 9 Uhr.

## Die Katastrophepolitiker von links.

Wir lesen in der „Leipziger Volkszeitung“ folgenden beachtenswerten Artikel:

In diesen Tagen, da die Einigung des Proletariats auf der Tagesordnung steht, ist auch mehrfach die Frage erörtert worden, warum man die Kommunisten von der Einigung ausschließen wolle. Die Einigung mit den Kommunisten ist aber solange unmöglich, solange die deutsche kommunistische Partei nur eine Filiale von Moskau ist, die ihre Politik nicht selbständig entsprechend den Interessen der deutschen Arbeiterklasse treiben darf, sondern ausschließlich nach den Bedürfnissen der bolschewistischen Machthaber in Moskau einzustellen hat. Allen denen, die an der Nichtigkeit dieser schon oft festgestellten Tatsache noch zweifeln, sei die folgende Erinnerung zum Nachdenken empfohlen, die die Wiener Arbeiterzeitung wiederbringt. Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie schreibt:

Vor wenigen Monaten, anlässlich der Berliner Konferenz der drei internationalen Exekutivorgane, sprach in Berlin einer unserer österreichischen Genossen mit einem russischen Kommunisten. Sie sprachen über die Politik der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Der Russe sagte: „Die Erfüllungspolitik, das war der Sündenfall der Unabhängigen. Ihr Einfluß hat es durchgeföhrt, daß Deutschland den Frieden von Versailles angenommen und daß es sich dem Ultimatum von London unterworfen hat. Das war der Verrat der Unabhängigen an der Revolution. Denn wenn Deutschland den Friedensvertrag, wenn es das Ultimatum von London abgelehnt hätte, dann wäre es in unerbittlichen Konflikt mit der Entente geraten, die Blockade wäre wieder verhängt, das Ruhrgebiet wäre besetzt worden, die fürchterliche Hungersnot wäre in Deutschland ausgebrochen. Dann wären die deutschen Arbeiter gezwungen gewesen, die Revolution zu machen. Deshalb wäre es die revolutionäre Pflicht der Unabhängigen gewesen, die Annahme des Friedensvertrages und des Ultimatus mit allen Mitteln zu verhindern. Da sie das Gegenteil getan, sich für die Annahme eingesetzt haben, haben wir das Recht, sie Verräter an der Revolution zu nennen.“

In diesem Gehändnis des russischen Kommunisten werden mit seltener Aufrichtigkeit die wahren Pläne und Absichten der Kommunisten enthüllt. Den Arbeitern raten die Kommunisten vor, die Erfüllungspolitik sei gefährlich, Friedensvertrag und Londoner Ultimatum müßten im Interesse des deutschen Proletariats abgelehnt werden, weil durch sie die deutsche Arbeiterklasse dem Ententekapital ausgeliefert werde und ihre Lage gewaltig verschlechtert würde. In Wirklichkeit haben die Kommunisten genau gewußt, daß vielmehr durch die von ihnen empfohlene Politik der Ablehnung der schwersten Konflikt mit der Entente, das völlige Chaos und die schwerste Hungerkatastrophe in Deutschland herbeigeföhrt worden wären. Und das gerade wollten die Kommunisten. Durch Hunger und Elend sollten die Arbeiter in Deutschland zur Verzweiflung getrieben und die Weltrevolution, wie sie die Bolschewisten verstehen, vorwärts gebracht werden. Die Bolschewisten hatten von vornherein ihre ganze Politik darauf eingestellt, daß die Weltrevolution in kurzer Zeit kommen müsse. Weil sie ausblieb, kamen die bolschewistischen Machthaber politisch und wissenschaftlich in die schwerste Bedrängnis, und deshalb mußten sie immer wieder versuchen, die Weltrevolution gewalttätig herbeizuföhren. Daß die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie den Ratsschlügen der Kommunisten gefolgt wäre, in die schlimmste Hungersnot und in unlagbares Elend gestürzt worden wäre, war den Moskauer Revolutionsmachern gleichgültig, wenn sie nur ihren Zweck erreichten.

Begreifen jetzt die deutschen Arbeiter, die noch immer von der „revolutionären“ SPD. ihr Heil erwarten und den von Moskau diktierten „radikalen“ Parolen der Kommunisten folgen, daß für christliche Sozialisten, denen wirklich das Wohl der deutschen Arbeiterklasse am Herzen liegt, eine Verständigung mit den gewissenlosen kommunistischen Katastrophepolitikern eine Unmöglichkeit ist?

## Um den Zucker.

Der obdenburgische Ministerpräsident Tanzen hat einen Vorschlag, betreffend die Zuckerbewirtschaftung, der preussischen Regierung übermittelt. In einer Besprechung im obdenburgischen Staatsministerium mit Interessenten erklärte Tanzen, es bestehe Aussicht auf Annahme dieses Vorschlages durch Preußen. Gesehe das, dann könne das Reich an diesem Vorschlag nicht mehr vorüber. Als notwendig bezeichnete der obdenburgische Ministerpräsident eine Anpassung der Löhne und Gehälter an den Geldwert und ein gütliches Verbot des Alkohols.

Wie der SPD.-Dienst erfährt, verkennt die preussische Regierung nicht, daß in der Zuckerfrage rasch Klarheit geschaffen werden muß, aber sie will erst die Vorhältnisse des Reiches abwarten. Im Reich sind Vorschläge über die Regelung der Zuckerbewirtschaftung in Ausarbeitung, die die Anregungen Tanzens berücksichtigen. Das Reichs Ernährungsministerium muß aber zunächst noch die Entscheidung des Reichsrates über die Vorschläge Tanzens abwarten. So wartet also Preußen auf das Reich, das Reich auf den Reichsrat. Der Reichsrat mag sich etwas beeilen, weil eine rasche Zuckerbewirtschaftung der Bevölkerung gerade jetzt in der Zeit der Obsterte von großem Wert ist. Die Obsterte ist in diesem Jahr (besonders in Süddeutschland) gut. Es besteht also die Möglichkeit, durch Einmachen der Früchte Ersatz für das teure Fleisch zu schaffen.

Die Feuerungsaktion der Beamten. Am Mittwoch traten die Vertreter des ADGB, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes zur Besprechung der neuen Feuerungsaktion der Beamten und Arbeiter zusammen. Später begannen die Verhandlungen mit den anderen an der Aktion beteiligten Spitzenorganisationen, um eine gemeinsame Linie für die heute Donnerstag im Reichsfinanzministerium beginnenden Verhandlungen zu schaffen. — Der Ueberwachungsaußschuß des Reichstages ist zum Freitag einberufen worden. Er wird sich mit der Besprechung der Feuerungsaktion der Arbeiter und Beamten beschäftigen.

Für die Wiedereinführung der Kartoffelzwangswirtschaft sprach sich der Vorstand des sächsischen Gemeindetages aus.

Anweisung aus dem Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat plötzlich ohne Angabe von Gründen den beiden Redakteuren der „Saarbrücker Volksstimme“ Rauch und Lehmann die Aufenthaltsgewilligung entzogen. Beide mußten das Saargebiet binnen 24 Stunden verlassen.

## Solbanleihe für Oesterreich.

W. Genf, 21. September. Die Kommission des Völkerbundes nahm gestern von dem endgültigen Bericht der Finanzsachverständigen Kenntnis. Nach den Plänen dieser Finanzsachverständigen beträgt die Kreditsumme, die Oesterreich seitens Frankreichs, Englands, Italiens und der Tschechoslowakei bewährt werden soll, 500 Millionen Goldkronen. Als Pfänder sollen die österreichischen Zölle und das Tabakmonopol dienen. Die Kontrolle soll von einem Organ des Völkerbundes ausgeübt werden. Da die Antwort der geldbedürftigen Mächte noch nicht vorliegt, wird die Kommission die Erledigung der österreichischen Kredithilfe Anfang nächster Woche vornehmen.

## Die Orientkonferenz beschlossen.

W. Paris, 21. September.

In dem offiziellen Kommuniqué, das gestern abend nach Abschluß der Konferenz herausgegeben wurde, heißt es: Lord Curzon, Graf Storja und der französische Ministerpräsident haben sich über die Möglichkeit einer so schnell als möglich einzuberufenden Konferenz geeinigt, zu welcher Italien, England, Frankreich, Japan, Griechenland, Rumänien, die Türkei und Jugoslawien hinzugezogen werden, und in welcher die Regelung der Bedingungen des zukünftigen Friedens vorgeschrieben werden soll. Lord Borch hat über die militärische Lage am Bosporus Bericht erstattet und Admiral Graeff dazu eine vervollständigte Information gegeben.

## Ein Rückzug des Ernährungsministeriums.

Keine „sofortige“ Brotpreiserhöhung.

Das Reichs Ernährungsministerium veröffentlichte durch die „Dona“ eine Notiz, die offenbar den Ernährungsraum berücksichtigen soll, der sich in Verbänden streifen über den Beschluß des Preisaußschusses erheben hat. Nach einer eigentümlichen Darstellung dieses Beschlusses führt die Notiz aus:

Eine spätere Erhöhung des Brotpreises wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Feststellung des Preises für die diesjährige Getreidemenge konnte man natürlich die jetzt eingetretene Linderung und vor allen Dingen die partei Preissteigerung für das Auslandsgetreide nicht unberücksichtigen. Der von der Reichsgetreidehalle festgesetzte Preis für das Brotgetreide beträgt jetzt im Inland 11 000 Mk. für die Tonne, während das Auslandsgetreide 50 000 bis 60 000 Mk. pro Tonne kostet. Das Ernährungsministerium ist also gezwungen, eine neue Erhöhung des Umlagepreises vorzubereiten, um wenigstens einen kleinen Ausgleich herbeizuföhren. Mit einer sofortigen Herabsetzung des Brotpreises auf ein Maßniveau des heutigen Preises ist aber nicht zu rechnen, da sich die Erhöhung des Getreidepreises erst in einigen Wochen auswirken wird. Außerdem werden die Kaufkraftveränderungen über die Erhöhung des Getreidepreises auf keinen Fall eher stattfinden, als die sozialdemokratischen Minister des Reichs vom Parteitag in Augsburg zurückgetreten sind. Es ist vor der Entscheidung einer solchen entscheidenden Maßnahme auch geplant, die Parteien zu hören und deren Ansichten über die zu unternehmenden Schritte einzufordern.

Als dieser Notiz geht es so viel hervor, daß das Reichs Ernährungsministerium keine ursprüngliche Macht, auf Grund des Ansohngesetztes den Preis für das erste Umlagegetreide festzusetzen zu erhöhen, sondern zurückgekehrt ist. Der energische Einspruch der Sozialdemokratie hat Herrn Reich das in seiner Gedankensphäre bringen werden lassen. Aber mit einem Aufhören der Erhöhung um wenige Wochen ist der Bevölkerung natürlich nicht gedient. Die Sozialdemokratie mag weiter auf der Straße bleiben, daß der gegenwärtige Aussohngesetz nicht in die Tat umgesetzt wird. Dies um so mehr, als keine bürgerliche Mächte des Reichstages dieses Beschlusses eingeleitet begannen. Geht es um die „Dona“ einen sehr interessanten Artikel über die Hungerkassen in Ungarn, die dadurch verhindert ist, das dieses Land mit seinen Preisen an die Weltmarktpreise herangezogen ist, ohne auf die Kosten der Sozialdemokratischen Partei zu achten. Wenn die „Dona“ schreiben mag, daß diese Preispolitik in einem der reichsreichsten

Länder Europas eine förmliche Hungersnot hervorgerufen worden ist, so sollte das auch in Deutschland allenthalben zu denken geben.

## 14 Milliarden für die Gemeinden.

Die immer größer werdende Notlage der Gemeinden, denen der Ausweg der Anleihe zum Teil so gut wie verschlossen ist, hat den Reichsminister der Finanzen trotz der ungünstigen Finanzlage des Reiches zu einer besonderen Hilfsaktion veranlaßt. Die Landesregierungen der Landesfinanzämter sind telegraphisch angewiesen worden, die Hälfte des Veranlagungslohs für das Steuerjahr 1920, das rund 28 Milliarden Mark beträgt, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Einzahlungen den einzelnen Landesregierungen nach Maßgabe ihrer Beteiligung als Vorläufer für die Gemeinden zu überweisen. Die Ueberweisung hat bereits überall stattgefunden.

Zur Unterstützung der Gemeinden steht damit ein einmaliger Vorbehalt von rund 14 Milliarden zur Verfügung. Die Verteilung erfolgt durch die Landesregierungen, die um besondere Bekanntheit ersucht worden sind. Die laufenden Ueberweisungen aus den weiterhin aufkommenden Reichseinnahmen gehen daneben unverändert weiter. Eine dauerhafte Besserung der Gemeindeverhältnisse ist zu erwarten, wenn die Kommissio zum Landessteuergesetz beschließen werden ist, die in dieser Richtung weitgehende Vorschläge der Reichsfinanzverwaltung enthält.

## Der Parteitag der USV.

Genf, 20. September. (Eig. Drahtbericht.)

In dem feierlich geschmückten Saal der „Langgasse“ begann am Mittwoch abend der letzte Parteitag der USV. Zahlreich sind Gäste aus Deutschland und dem Auslande, sowie die Pressevertreter erschienen. Von bekannten ausländischen Genossen sieht man zunächst Friedrich Adler-Wien und Tschernow-Berlin.

Logenleiter hatten die zentralen Parteiverfassungen — Zentralleitung, Kommissio und Parteirat — sowie eine Vorbesprechung der Delegierten getagt.

Dann begrüßte Kauf-Genf den Parteitag, von dem die gesamte deutsche sozialdemokratische Arbeiterklasse erwartet, daß sie ihm nichts gelassen möge, was der Einigung schaden könnte. Hierauf ergolte sich die Rede des Wort, um den Parteitag namens der Zentralleitung zu eröffnen. Er bespricht die innerpolitische Entwicklung Deutschlands in der letzten Monaten und kommt auf die Kampfe der kapitalistischen Mächte in der ganzen Welt zu sprechen. Die Reaktionen rufen zu einem Generalparade, der keinen Anhalt erleben wird, wenn der Reichstag wieder zusammentritt. In dem Vertrag zwischen Stinnes und Luberjac ist die Klärung der deutschen und französischen Arbeiterklasse angehängt; aber es sind bereits deutsche, französische und englische Arbeiter zusammen gewesen und waren sich einig darüber, daß in allen drei Ländern das Proletariat kämpfe um ein Ziel an diesem Abkommen zu haben. Gegenüber den Angriffen der Kommunisten wiederholt Crippien die Feststellung der Gewerkschaften, daß Luberjac in Verbindung steht mit zwei französischen Gewerkschaften, an deren Spitze Kommunisten stehen. Wichtig ist es, daß die Reaktionen Helfers Helfer in den Kommunisten haben, wie wir es haben bei den hängigen Reaktionen erlebt haben. Ueberall führen die Kommunisten gegen die sozialistische Regierungen an. In dem unauflösbaren Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus sind unabhängig der Kommunisten auf der Erde stehen. Wir bleiben daher trotz dem Sozialismus, an dessen Zustand wir fest glauben. Wir fühlen uns Mannes genug, in jeder Zeit gut bewährte Sozialisten zu werden. Keiner von uns gibt keine Reigung auf, keiner herent eine Tat, die er gegen hat im Interesse des Proletariats. Stolz und unerschrocken Herzen schlagen wir ein in die Bruderhand, die uns entgegengeht ist, um an der Einigung des Proletariats mit aller Kraft mitzuwirken. (Beifall.)

Zu Beginn wurden einstimmig gewählt Wilhelm Bod-

Genf und Wilhelm Dittmann-Berlin.

Es folgen Begrüßungsreden der ausländischen Vertreter. Hierbei kommt es zu einem Zwischenfall. Schreiber (Einfluss-Sozialdemokrat) erklärt, daß er die beschriebene Einigung nicht verstehen könne und zum Parteitag zu haben Sie nicht verstanden, daß eine Revolution kommen muß und daß Sie dann



# Sozialdemokratischer Parteitag.

(Dienstagsitzung. Fortsetzung der allgemeinen Aussprache.)

SPD. Augsburg, 19. September.

Größlich-Dresden: Im Kampfe gegen die freie Wirtschaft ist von der Partei zu wenig gesehen. Nach erst in letzter Zeit hat der Sozialdemokratische Parlamentsdienst Artikel verfasst, in denen erklärt wurde, dass für eine Zwangsverwaltung keine Mehrheit im Reichstage vorhanden ist. Wenn es aber um Leben und Sterben des Volkes geht, dann werden diese Bedenken nicht vorherrschen. In der Frage der Sozialisierung hat die Partei einen Eierlang aufgeführt. — Genossin Zundel-Neutlingen: Wir müssen alles aufbieten, um die Agitation unter den Frauen zu fördern. Dazu brauchen wir notwendig Frauensekretarinnen. Hieran sparen, wäre Sparankheit am falschen Ort. — Genossin Hauke-Oberschlesien fordert, dass die Frauen zum Realismus des richtigen Sozialismus erzogen werden. — Kiehl-Jena: Der Ausgang der letzten Wahlen in Thüringen ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich in Thüringen Klaffenkämpfe in allen Formen, von den gelindesten bis zu den schärfsten, abgepielt haben. Das hat die Sache der Reaktion ebenfalls gefördert, wie die fürchte Politik der Kommunisten, die alles heil in der Bekämpfung unserer Arbeit für das arbeitende Volk in Thüringen sehen.

Preussischer Innenminister Severing: Berner-Hamburg hat in seiner Rede den Eindruck erweckt, als ob einige Veränderungen in der Polizeiordnung Hamburg-Altonas nichts anderes seien, als ein neuer Ausfluss des preussischen Partikularismus. Das ist nicht richtig. Grothjan meinte, dass er vergebens am Schlüsselloch des Ministeriums des Innern geklopft habe und nichts über die Pläne des Ministeriums erfahren konnte. Grothjan hat eine Lustart über die Aufstellung der preussischen Verwaltungsordnung verlangt und ich habe erklärt, dass ich, soweit möglich, technische beziehungsweise wissenschaftliche Kreisbeamte in Frage kommen, keine erheblichen Bedenken gegen die Kommunalisierung dieser Beamten habe. Ich würde es aber für einen großen Fehler halten, die politischen Beamten der Kreise zu kommunalisieren. Manchmal wurde allerdings das Wort von der Demokratisierung der Verwaltung zu einem Schlagwort. Was ist Demokratisierung der Verwaltung? Göttsch sagt: Das ist eine schleunige Verabschiedung der kommunalen Verfassungsorgane. In der Tat sind die preussische Regierung und die Regierung der andern Einzelstaaten verpflichtet, kommunale Verfassungsorgane so schnell wie möglich vorzulösen; aber wenn wir eine Erweiterung der Selbstverwaltung fordern, so haben wir doch die Frage, ob in dieser Zeit des Überganges eine solche Erweiterung im Interesse des Ausbaues der Republik liegt. Auf Grund meiner Erfahrungen erlaube ich mir, diese Frage zu verneinen. (Sehr richtig!) Würden wir zum Beispiel den Landrat vom Staatsbeamten zum Kommunalbeamten machen, dann muß man fragen, wie etwa in Ostpreußen oder in Pommern die Republik ausgebaut werden soll. Er kann deswegen gar keine Rede davon sein, die Zentralgewalt zu schwächen. Deshalb verhält es sich mit einer Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass die Rechte der Provinzen erweitert werden müssen; aber gerade die Vorgänge in der preussischen Politik der letzten Wochen zeigen, dass diese Erweiterung nicht im Interesse der Provinzen, geschweige des Staates liegt, sondern dass diese Erweiterung manchmal Reaktionen ein Bekanntmittel ist, lokale Intrigen zu spinnen. (Zustimmung.) Unsere rheinischen Genossen wissen davon ein Lied zu singen. Dasselbe, was ich über die Verwaltungsreform mitgeteilt habe, gilt auch bezüglich der Schutzpolizei. Wenn die Breslauer Genossen verlangen, dass der Stadtrat veranlasst werden soll, bei den bestehenden Körperchaften eine Abänderung des Gesetzes über die Schutzpolizei dahin zu beantragen, dass die Gemeinden bei der Befehung leitender Posten das Mitbestimmungsrecht erhalten, so muß ich sagen, dass mir dieser Weg sehr langsam erscheint. Wozu erst an den Stadtrat appellieren, wenn dieser Parteitag das Recht der Einwirkung auf die Regierungen und parlamentarischen Körperchaften hat? Aber darüber sind wir uns doch klar, dass wir nicht mehr Schutzpolizei aufrechterhalten wollen, als es die Bedürfnisse der Gemeinden, des Staates und des Reiches erfordern. Da bin ich der Meinung, dass wir den heutigen Stand der Schutzpolizei bei politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung herabmindern können. Bei der Not des Reiches und des Staates sind wir nicht in der Lage, den Stand von 150 000 Mann Polizei dauernd aufrechtzuerhalten. Wenn wir meinen, dass die Forderung des Tages ist, die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung zu machen, dann können wir unmöglich alles, was heute in der Schutzpolizei ist, in das alte Verhältnis bringen, weil die Schutzpolizei nicht so von unzuverlässigen Elementen gesäubert ist, wie notwendig wäre. Bei der Agitation unter den Schutzpolizeibeamten dürfen diese staatspolitischen Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden. Wir müssen uns klar darüber sein, dass alle Fragen bezüglich der Schutzpolizei noch im Fluss sind. Wir wissen auch nicht, was später die interalliierte Militärkommission daraus machen wird. Im übrigen bin ich der Meinung, dass die Parteigenossen über die Demokratisierung der Verwaltung und den Ausbau der Republik weniger reden und mehr handeln sollten.

Sellmann-Hamburg: Die Sozialdemokratie hat die Bedeutung der Geisteskultur zum Teil unterschätzt. Einheitsliches Arbeiten zwischen Elternbeiträgen und Lehrern zur Erzielung unseres schulpolitischen Programms ist dringende Notwendigkeit. Die große Unzufriedenheit mit unserer Schulpolitik kann nur durch Neubelebung des Kampfes für die weltliche Gemeinshauschule behoben werden. Redner mündet sich entschieden gegen das Schulkompromiß, dessen Aufhebung er fordert. — Schiedeling-Pforzheim: Bei der Neugliederung des Reiches sollte auch die Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden in den Vordergrund der Erörterungen gezogen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder scheinen geradezu nach einem Großschwaben. — Eduard Bernstein-Berlin: Ein Genosse hat gemeint, dass das Schlagwort der Steigerung der Produktion von Stinnes und seinen Leuten ausgegeben sei. Ich möchte dann warnen, aus Herrn Stinnes einen Kinderjäger zu machen. Ich verkenne durchaus nicht den großen Einfluss des Herrn Stinnes, aber wir sollen uns nicht dazu verleiten lassen, eine Persönlichkeit aus ihm zu machen, von der alles zu befehlen wäre. Diejenigen, die Stinnes gehört und gesehen haben, sind von dem Glauben, dass er ein Uebermensch sei, geheilt. Die Steigerung der Produktion ist eine Frage der unmittelbaren Gegenwart und von großer Wichtigkeit für das ganze Volk, nicht zuletzt für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Wenn sich die Gesellschaft so entwidelt hätte, wie es das Erzurter-Programm in seinen ersten Sätzen ausspricht, dann hätten wir eine große Zahl von Schwierigkeiten, die uns jetzt entgegenstehen, nicht, dann hätten wir die Frage, wie wir die Kleinbauern behandeln sollen, nicht erörtern, weil es dann keine Kleinbauern mehr gäbe. Die Sozialisierung ist eine Summe von Maßnahmen, die Schritt für Schritt die Macht des Kapitalismus gegenüber den Arbeitern, gegenüber der Gesellschaft eindämmen. Die Tatsache, dass es nicht so schnell geht, wie wir es wünschen, braucht uns nicht pessimistisch zu stimmen. (Zustimmung.) Das Mittel gegen den Pessimismus ist Erkenntnis von der großen Aufgabe der Partei. Ich bin der Überzeugung, dass die Partei in den weitestgehenden Punkten immer auf dem rechten Wege war. (Lebhafte Beifall.)

Es wird Schluss der Diskussion beschlossen.

Friedrich Bartels (Schlußwort): Der Parteivorstand hat gewiß den Rückgang in der Organisation bedauert, es wurde mit Recht auf den bedeutenden Abbau des Parteiapparates hingewiesen. Aber wir müssen wieder mehr Gewicht auf die Mitarbeit des einzelnen Parteigenossen legen. (Sehr richtig!) Wenn gesagt wurde, der Beitrag müsse mindestens 8 Mk. betragen, so ist das sicherlich richtig. Der Zweck unserer Mindestbeiträge ist aber, überall, auch in den wirtschaftlich schlechteren Gegenden, die Gründung und Aufrechterhaltung von Parteiorganisationen zu ermöglichen. Überall, wo es möglich ist, können auch höhere Beiträge als der Mindestbeitrag erhoben werden. Wenn gesagt wurde, dass in der Befolgung der Parteiangestellten große Unterschiede bestehen, so ist das nicht richtig. Die Spannung zwischen den niedrigen und höheren Gehältern ist nicht größer, sondern kleiner geworden. Die Mitglieder des Parteivorstandes beziehen Gehälter, die ihren Leistungen so wenig entsprechen, dass mit Recht gesagt werden kann, dass sie ein Opfer für die Partei bringen. Der Parteivorstand verhält sich keineswegs ablehnend zur Frage der Anstellung von Sekretarinnen für die Frauen. So weit es möglich ist, sollen Sekretarinnen angestellt werden. Möglich wäre aber, wenn dann, wie es verlangt wurde, Untersekretariate eingesetzt würden. Niemand im Parteivorstand denkt daran, das Erscheinen der „Gleichheit“ einzustellen. Ihren Bezugspreis müssen wir aber erhöhen. Das A und O unserer Bewegung ist, dass die Partei in der Lage ist, ihre großen Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Hierauf kommt Genosse Adolf Braun zum Schlußwort: Ich muß sagen, dass in den ausgezeichneten Reden doch vieles gesprochen wurde, was dem Niveau nicht entsprach, in dem sich der Parteitag bewegt. Mangel an Verantwortungsbewusstsein muß man bei manchem Redner beklagen. Wenn Göttsch vom Parteivorstand wünscht, dass er Parolen aussehe, denen die sofortige Erfüllung folge, so ist das Revisionismus im höchsten Sinne. Das die Bäuer der Agrarier mit der Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide nicht in den siebenten Himmel machen, dafür hat der Parteivorstand trotz aller Arbeit auf dieser Tagung sich ausreichend eingesetzt. In der ausgezeichneten Rede des Genossen Sellmann kam eine unzweifelhafte Entgegnung vor, aber diese Entgegnung bedauern wir trotz allem nicht, denn der einmütige Widerspruch, den der Parteitag dieser Botsprechung gegenüber zum Ausdruck brachte, zeigt, dass wir uns dem wackeren, profitulichen Treiben der Agrarier entschieden widersetzen. Genosse Brügglich scheint nicht zu wissen, dass wir im Reichstag für die Erfüllung der Sachwerte gestimmt haben. Der „Firn“ kann gegen die Sozialdemokraten schreiben, was er will, er kann über uns jede beliebige Verleumdung und Verdächtigung verbreiten. Wogegen ich mich nun gewandt habe, das ist, dass er sich sozialdemokratisch nennt. Ich bedauere, dass Bernstein sich nicht informiert hat über das Wesen der in unserer Arbeiterorganisation vereinigten Jugend, die wir in unsern Reihen finden. Größlich hat unser Aktionsprogramm bemängelt, weil in ihm nicht von der Sozialisierung die Rede ist. Es ist ein Aktionsprogramm, es ist ein Notprogramm für ein Jahr, und das wir im kommenden Jahre keine Sozialisierung durchsetzen können, weiß jeder. Braun nimmt dann Stellung zu allen vorliegenden Anträgen, für die er zum Teil ablehnend, zum Teil beiführend eintritt. — Viel Schärfer habe ich gesagt, aber ich habe es als Freund gesagt, und ich wünsche, dass es freundlich aufgefasst wird. Wir müssen alles dranlegen, um für die Sozialdemokratie zu wirken und selbst zu prüfen, womit wir unser Bestes für die Partei geben.

(Die Abstimmungsergebnisse haben wir bereits gestern mitgeteilt. Red.)

(Nachmittagsitzung.)

Vogel-Nürnberg: Wir sind nicht immer voll befriedigt von unserer Tätigkeit als Reichstagsabgeordnete und den Erträgen sozialdemokratischer Parlamentsarbeit. Das liegt einmal an der Zusammenziehung des Reichstages, wenn es auch auf das Schuldkonto jener Wähler gesetzt werden muß, die bei den letzten Wahlen auf den deutschvölkischen Wahlschwandel hineingefallen sind. Es ist daher überaus wichtig, die Wählermassen immer wieder über die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag und die daraus resultierenden nachteiligen Folgen aufmerksam zu machen. Unsere Gesetzgebung leidet ungemein stark unter der durch die Verhältnisse bedingten Schnelligkeit und geringen Sorgfältigkeit. Seit Oktober 1921 haben nicht weniger als 74 Regierungsvorlagen und 34 Initiativanträge in Gesetzesform dem Reichstag vorgelegen. Sei aller noch so berechtigten Kritik darf nicht übersehen werden, dass uns in der inneren wie äußeren Politik eine gewisse Marschrichtung vorgeschrieben ist, die wir innehalten müssen, wenn es nicht zu einem Bruch mit der Entente kommen soll. Wir sind für die Erfüllungspolitik in der Erwartung, dass endlich einmal in den Ententesländern der Haß und die Unversöhnlichkeit ein Ende haben werden. In England und Italien und zum Teil auch in Belgien ist die Haßatmosphäre bis zu einem gewissen Grade verlogen. Im großen und ganzen beherrscht aber immer noch *Woincarés Geist* der Niederhaltung Deutschlands die Situation. Darum dürfen auch die Massen bei der Bewertung unserer Entscheidungen, zum Beispiel der letzten Steuererlasse, nicht den starken auswärtigen Druck außer Acht lassen. Deutschland leidet heute noch unter einer ungeheuer starken Entwertung seines Geldes, und damit in Verbindung geht ziemlich parallel eine Steigerung des Staus, dem auch durch noch so starke Anziehung der Steuerhölzer nicht begegnet werden kann. Bei den Reparationsforderungen wird auch immer wieder behauptet, dass trotz der Verarmung des Staates die Privatwirtschaft sich bereichert. Würden die Umsätze, die Umsätze, Gewinne und Kapitalerhöhungen, die Löhne und Gehälter in den Goldwert umgerechnet, dann hätte der Zahlenspieler bald ein Ende. Es mag paradox klingen, aber trotz aller Neugründungen und Erhöhungen des Aktienkapitals leidet die deutsche Wirtschaft an einem ungeheuren Kapitalshwund. Die Stellungnahme der Fraktion bei der Verabschiedung der Steuererlasse scheint nicht die Billigung der Genossen im Lande gefunden zu haben. Freude an dem Steuerkompromiß haben auch wir nicht. Unter normalen Verhältnissen hätten wir nach Ablehnung unserer Forderungen auf Erfassung der Sachwerte und nach einem Appell an das Volk unser Amt niederlegen müssen. Ob freilich Neuwahlen eine andere Zusammensetzung des Reichstages erbracht hätten, erscheint zweifelhaft. Daß wir mit dem Kompromiß eine Reihe von Verbrauchsteuern in Kauf nehmen müssen, ist unangenehm; aber auf Verbrauchsteuern hätte man auch dann zurückgreifen müssen, wenn es uns möglich gewesen wäre, die Erfassung der Sachwerte durchzuführen. Wie wenig der Vorwurf der Kommunisten, dass wir *Brotwucher* treiben, berechtigt ist, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Preise für das Umlagegetreide und dem des freien Marktes. Unter die heutzutage festgesetzten Preise für Umlagegetreide herunterzugehen, hätte bedeutet, daß wir erst recht auf die Einfuhr ausländischen Getreides angewiesen wären, und was das bei dem schlechten Stand unserer Mark bedeutet, braucht nicht mehr auseinanderzusetzen zu werden. Es hört sich schon an, wenn die hohen Verdienste der Landwirte immer wieder mit der Notwendigkeit der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion begründet werden. Erfahrungsgemäß ist aber in keinem Stande die Warenhamsterei so ausgeprägt, wie in der Landwirtschaft. Wenn irgendwo, so ist in der Landwirtschaft die Ungleichung der Preise an die Weltmarktpreise unerschütterlich, weil die Landwirte immer noch Besitzer von Goldwerten sind.

Unsere Kohlenwirtschaft ist ein besonderes Schmerzkind. Was für ein Unfug, daß in England die Bergarbeiter nur zwei Tage arbeiten, die deutschen Bergarbeiter aber Ueberlastungen erfahren, und wir trotzdem von Monat zu Monat steigend englische Kohlen einführen müssen. Alles in allem betrachtet, erwacht die Regierung und dem Reichstag in der kommenden Zeit Aufgaben von ungeheurem Umfang. Notwendig sind Maßnahmen für eine entzerrnde Lohn- und Gehaltspolitik und eine durchgreifende Unterstütsungsaktion für Sozial- und Militärrentner. Es muß mit allen Mitteln der Versuch gemacht werden, von der Papiergeldwirtschaft loszukommen. Ohne Moratorium und Mobilisation der inneren Sachwerte ist das freilich unmöglich. Wichtig ist es, den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unumgänglich Notwendigste zu beschränken und unter strengster Aufsicht zu stellen.

Der Kampf gegen Demokratie und Republik wird nicht nur außerhalb, sondern auch im Parlament geführt, zumal seit der letzten Reichstagswahl der deutschvölkische Flügel gestärkt worden ist. Die Deutschnationalen tragen die Verantwortung für die politische Verwirrung in Deutschland. Sie sind es, die den unreifen Norddeutschen die Argumente geben, daß es vaterländische Pflicht sei, gegen die „verlorenen Republik“ anzukämpfen, die uns den „Muffrieden“ und die „traurigen Zustände“ gebracht hat. Die Republik hat sich noch immer als zu gutmütig und nachgiebig erwiesen. Besondere Aufmerksamkeit muß den reaktionären Umtrieben in Bayern geschenkt werden. So sehr man auch die verwundernswerte Selbstziplin und Geduld des Reichspräsidenten und des Reichskabinetts anerkennen mag, um in friedlicher Weise zu einem Ausgleich mit Bayern zu kommen, befriedigen kann uns das Ergebnis nicht. Bayerns größtmögliche Politik schadet Deutschland im allgemeinen und hat, abgesehen von einigen rechtschaffenen Blättern in Berlin und sonstwo, nur noch die Unterstützung der Dorten und seiner für Frankreich arbeitenden separatistischen Organisationen gefunden. Darin liegt die schwerste Verurteilung der bayrischen Politik. Die Sozialdemokratie hat sich immer zur Einheit der Republik bekant. In diesem Bekenntnis müssen wir heute erst recht festhalten. Es gibt natürlich auch in der Fraktion Meinungsverschiedenheiten, immer aber kamen diese in kameradschaftlicher Weise zum Ausdruck. Hoffen wir, daß der gleiche Geist auch in der wiedervereinigten Fraktion vorherrschend bleibt, dann wird sich dieser Zusammenstoß für die Arbeiterklasse als ein Sieg erweisen. Von den Genossen im Lande erbitten wir das weitere Vertrauen. Gegenseitig soll das Gelöbnis gelten: Treue und Treue! (Lebhafte Beifall.)

Vorländer Simon verliest ein Begrüßungsschreiben der sozialdemokratischen Partei in Danzig, die bedauert, daß sie aus finanziellen Gründen keinen Delegierten entsenden konnte, und der Freude über die kommende Einigung Ausdruck gibt.

Bender-Berlin: Die Reichstagsfraktion hat bei der Stellungnahme zur Beamtenfrage vor allem die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten zu wahren gesucht. Bei der Regelung der Beförderungsfragen ist sie immer dafür eingetreten, daß die Beförderung nach sozialen Gesichtspunkten erfolge. Wenn das nicht immer erreicht wurde, ist das nicht unsere Schuld, sondern Schuld der bürgerlichen Parteien, die für die Unterbeamten nur schöne Worte, aber keine offene Hand hatten. (Sehr richtig!) — Hartleib-Hannover: In der Agitation müssen wir die Arbeiterklasse dazu erziehen, die heutigen Rechte und Freiheiten auszunutzen, um die Interessen des wertvollen Volkes wahrzunehmen und den kulturellen Fortschritt zu fördern. — Genossin Rodenhagen-Berlin protestiert gegen die Verfügung des Reichsarbeitsministeriums, die verbietet, daß Kommunen aus den Mitteln für die Kriegerverwaisen, die für allgemeine Wohlfahrtszwecke zur Verfügung stehen, Heime und Anstalten unterstüzt werden dürfen, die von Kommunen geführt werden. Der Fürsorge der Sozialrentner muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn diese sind dem Verhungern nahe. — Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

## Butterauktion.

Hamburg, 20. September.

### Wieder höhere Unterpreise.

Bei der heutigen Auktion der Meiereiverbände von Schleswig-Holstein zeigte sich infolge der etwas knapperen Zufuhren, die der überaus regen Nachfrage nicht genügen, ein weiteres Steigen der Butterpreise. Es wurden bezahlt 303,50—305,35 Mk. das Pfund, gegen 284—287 Mk. in der Vormoche.

## Lübecker Produktenbörse.

Notierungen der Sachverständigen-Kommission des Börsen-Ausschusses.

Lübeck, den 20. September 1922.

	Erzeugerpreis		Erzeugerpreis	
	Wagen-Ladung	Kleinere Mengen	Wagen-Ladung	Kleinere Mengen
	von	bis	von	bis
Weizen	2700,—	2800,—	2600,—	2700,—
Roggen	2300,—	2400,—	2200,—	2300,—
Roggen (neue Ernte)	—	—	—	—
Haf	2400,—	2500,—	2300,—	2400,—
Sommer-Erbsen	2600,—	2700,—	2500,—	2600,—
Viktoria-Erbsen	ohne	Handel	ohne	Handel
Speise-Erbsen, kleine	2500,—	2600,—	2400,—	2500,—
Futter-Erbsen	2500,—	2600,—	2400,—	2500,—
Ackerbohnen	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—
Peluschken	—	—	—	—
Lupinen, blaue	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	—	—	—	—
Raps	3500,—	3600,—	—	—
Rüben	3400,—	3500,—	—	—

Tendenz fester.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 21. September.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

20. Septbr. 19. Septbr.

Amsterdam	100 fl.	56928.85	56928.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10456.85	10586.80
Kristiania	100 Kr.	25118.55	25168.50
Kopenhagen	100 Kr.	30362.—	30362.—
Stockholm	100 Kr.	38851.35	38851.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	3186.—	3186.05
Rom	100 Lire	6142.30	6207.20
London	1 £	6491.85	6506.85
New York	1 Doll.	1463.16	1473.15
Paris	100 Frs.	11186.—	11235.90
Zürich	100 Frs.	27315.80	27685.35
Madrid	100 Pesetas	22022.40	22372.—
Wien	100 K.	1.93	1.86 1/2
Prag	100 K.	4569.25	4644.15
Budapest	100 K.	57.65	55.93

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



# Dixin

das dankbare  
Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER,  
HENKEL & CIE., DUSSELDORF



### Amtlicher Teil.

#### Vertammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 25. September 1922, abends 6 Uhr.

##### Tages-Ordnung:

- I. Wahl von neun bürgerschaftlichen Teilnehmern des gemeinsamen Ausschusses zur Prüfung, ob und in welcher Weise die staatlichen Wirtschaftsbetriebe der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn zu selbstständigen und weiteren Betrieben vom Staat zu übernehmen seien.
- II. Wahl von je fünf Vermieter- und Mieterbeisitzern, darunter je einem aus dem Stadtteil Tranenmünde.
- III. Mündlicher Bericht des Kostenausschusses zu den ihm zur Prüfung überwiesenen Anträgen wegen Erteilung der Gewährung zur Strafverfolgung gegen mehrere Bürgerchaftsmitglieder.
- IV. In der Vertammlung vom 4. September unerkundigt gebliebene Senatsanträge:
  1. Nachbewilligung für die Beschaffung weiterer Einlagehöhen für die Ruderhalle in der Stadtbibliothek. (S. Nr. 179).
  2. Nachbewilligung für bauliche Verbesserungen in der S. Lorenzschule. (S. Nr. 178).
  3. Instandsetzung des Küchener Marktplatzes. (S. Nr. 177).
  4. Unterhaltung der Bürgersteige und Radfahrwege. (S. Nr. 176).
  5. Bauliche Verbesserungen im Kinderheim II. (S. Nr. 167).
- V. Abstimmung über den Antrag Heilborn: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Behörden anzuweisen, in Zukunft Bekanntmachungen allgemeiner Natur ebenso wie in allen übrigen Zeitungen so auch in der Zeitung „Volkswacht“, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Mecklenburg und Vorpommern, zu veröffentlichen.
- VI. Antrag Beck und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, das Eruchen der Bürgerschaft vom 13. Mai d. J., Zahlung einer Vergütung an die im Vorbereitungsdienst beschäftigten Referendare betreffend, beschleunigt einer Entscheidung zuzuführen und vorbehaltlich dieser Regelung inzwischen die bisher gezahlte Vergütung von monatlich Mk. 600 auf mindestens das Doppelte zu erhöhen.
- VII. Mitteilungen des Senates.
- VIII. Neue Anträge des Senates:
  6. Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses bezüglich der Umzählfrage. (S. Nr. 195).
  7. Rückübernahme und wiederholter Antrag des Senates auf Erlass eines neuen Gesetzes über die Förderung der Ziegenzucht. (S. Nr. 201).
  8. Gehälternariff der Bau Polizei. (S. Nr. 203).
  9. Nachbewilligung für Wegetarbeiten Küchener Waldhufen. (S. Nr. 190).
  10. Erhöhung einer Trinkwasserstelle auf dem Brinnall. (S. Nr. 187).
  11. Regulierung des Weges Stern-Dammhufburg. (S. Nr. 186).
  12. Verkauf eines Baulandes in Küchener an den Tischlermeister Gieseler. (S. Nr. 183).
  13. Gewährung eines weiteren Darlehens an die Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft e. G. m. b. H. (S. Nr. 194).
  14. Ankauf von Gelände aus dem Hofe Zwerch. (S. Nr. 185).
  15. Umbau der ehemaligen Reithahn für Straßenbahnwecke. (S. Nr. 192).
  16. Weitere Erhöhung der Koffgeldtariffe der Heilanstalten. (S. Nr. 204).
  17. Nachbewilligung von Mitteln für den Besuch der Münchener Gewerbestellen. (S. Nr. 183).
  18. Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Stadtschreiber und des Personals der Arbeiter Straßenbahn. (S. Nr. 193).
  19. Nachbewilligung von Mk. 9628 000 für die Betriebsbehörde. (S. Nr. 191).
  20. Verjorgung des Grundwasserwerks mit elektrischem Kraftstrom. (S. Nr. 198).
  21. Anschließung eines Flügels für die Gewerbestellen. (S. Nr. 189).
  22. Rückübernahme und wiederholter Antrag auf Erhöhung von 3 weiteren Gewerbestellen an der Gewerbestellen. (S. Nr. 197).
  23. Aufhebung eines Nachtrages zum Anschließungsbeschlusses für die öffentlichen Plätze und Gemeindefacharbeiter vom 23. November 1921. (S. Nr. 162; mündlicher Ausschussbericht).
  24. Erlass eines letzten Nachtrages zum Grundbesitzgesetz vom 11. Mai 1910. (S. Nr. 202).
  25. Erhöhung der Bezüge der Altersrentenempfänger u. v. d. a. (S. Nr. 201).
  26. Fortergewährung der Gemeindefacharbeiter an die Witwe des Lehrs Oskar Meyer. (S. Nr. 189).
  27. Beschleunigung des Beschlusses. (S. Nr. 172; mündlicher Ausschussbericht).

Der Elektriker gegen den Landwirt Friedrich Schmidt, geboren 23. Mai 1893 zu...  
Lübeck, den 18. September 1922.  
Der Kaiserlichgerichtliche bei dem Landgericht.

### Höchstpreis für Vollmilch.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 und auf Grund des Geiey über Höchstpreise vom 4. August 1914 (17. 1. 20) wird mit Wirkung vom 22. September 1922 ab für Vollmilch ein Höchstpreis von Mk. 36.— je Liter festgesetzt.

Ueberschreitung dieses Höchstpreises wird auf Grund der Verordnung gegen Verstreitererei vom 8. Mai 1918 mit Gefängnis und Geldstrafe bis 200 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. (7148)

Lübeck, den 21. September 1921.  
Das Landesverjorgungsamte.

### Oeffentliche Versteigerung.

Am Freitag, dem 22. d. Mts., vorm. 9 Uhr, sollen in der Versteigerungshalle Gerichtshaus versteigert werden: Ca. 200 Pfd. Linsen mit Goldrand, 1 Teppich, 1 Sofa, 1 Spiegel m. Schrank, 1/2 Tonne Deringe, 1 gr. bronz. Standuhr mit Glaskuppel u. a. m. (7135)

Das Gerichtsvollziehersamt.

### Nichtamtlicher Teil.

## 1 Pfd. Zucker

gebe ich für 5 saubere Weinsäcken oder für 5 Kilo glattgelegtes Zeitungspapier, gebunden.

**Gustav Hardt,** (7022)

## Beckergrube 73.

Huxstraße 77

### Qualität u. Preis

In der Jetztzeit, der stärksten Geldentwertung, müssen Sie bei Ihren Einkäufen auf Qualität und Preis halten. Wenn Sie

**reell, fachmännisch u. zuvorkommend**

bedient sein wollen, wenn Sie für Ihr Geld wirkliche Werte in

**Baumwollwaren, Manufaktur-, Kurz- und Woll-**

waren haben wollen, dürfen Sie einen Besuch bei

## J. Wilstermann & Co.

Lübeck, nicht versäumen.

Huxstraße 77

### Noch preiswert!

Große Rollen halblange und lange Stoffe, Arbeitshüte, Kinderhüte, 1 Posten wolleue Herrenjoden, neue und getragene Herrenanzüge, blaue Damenanzüge (Gedone), Müllerschuhen und Zeppe.

## O. SCHRODER,

7149) Salzerstraße 17.

Neu! Neu!

## Ankauf und Verkauf

von

Gold, Silber, Platin, Schmuck,  
Uhren, Juwelen.

für gute Sachen zahlen ich

## Liebhaberpreise.

## Bernhard Friedmann

Hochstraße 26, Lübeck. (7146)

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

## Otto Albers

Markt 4 Kohl. 10

### Mischkaffee

mit 10 % Bohrenkaffee

1/4 Pfd. 20.—
Kakao 1/4 Pfd. 50.—
Vanillebuden 1/4 Pfd. 13.—
Figurenudeln " 13.—
Madennudeln " 13.—
Malkaroni " 14.—
Sirup Pfd. 20.—
Kunsthonig Pat. 44.—
Vanille-Pudding-Pulver 1/2 Pfd. 20.—
Packpulver Pat. 1.50
Vanillezucker 1.15

**Eduard Speck,**  
Südrstraße 80-84. (7138)

### Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

### Preiswerte reelle Qualitäten:

7142)

- 1 Posten Arbeitsstiefel 2195.—
- 1 Posten starke Schafstiefel 2900.—
- 1 Posten eleg. Herren- u. Damenstiefel
- 1 Posten eleg. Damenschuhe
- 1 Posten starke Kinderstiefel 18-22, 25-30, 31-39
- 1 Posten starke Lederamaschen, warme Hauschuhe, Pantoffel usw.

Elegante Herrenanzüge v. 3950.—, 6250.—, 8500.— bis 14500.—, starke Arbeits-, Manchester- u. feldgraue Hosen, Loden- u. Manchesterjoppen, Gummimäntel, blaue Jacken und Hosen, Berufskleidung. Reelle haltbare Qualitäten.

Schöne Damenmäntel, Kleider, Röcke, Blusen, Strickjacken-Jumper reizende Neuheiten. (6887)

## Ghlers & Reehwisch

Helfstr. 1. St. Petri 2-4.  
Leinen - Aussteuer - Betten.

Brennmanns 7145,

## Edelmetall-

Lübeck Ankaufstelle Rostock  
Kupferschmiedestraße 3  
Fernruf 8288

zahl. **Riesenpreise** für  
Brillanten, Gold-, Silber-, Platin-  
Bruch, Gebisse, Dublee.

## Schuhwaren.

Da direkt ab Fabrik kanje, bitte vorher bei Bedarf Preise zu erfragen.  
Damenshalbstiefel mit hachem Absatz z. Preise v. 1900 Mk. jeden eingetroffen.

## F. Lücht, Huxstr. 59.

Adlershorst. 7121

Jeden Donnerstag:  
**BALL.**

Zu jeder Jahreszeit wird es bei Jung und Alt gern gegessen, wenn als erfrischende Nachspeise ein

# Oetker Pudding




auf den Tisch kommt. Mit frischen gekochten oder gemachten Früchten, mit Rhabarber oder mit Fruchtsaft angerichtet, ist dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise. Der besondere Zusatz von knochenbildenden Salzen in Dr. Oetker's Puddingpulver macht diese zu einem hervorragenden Nahrungsmittel für heranwachsende Kinder, und sollte diesen so oft als möglich vorgesetzt werden.

### Dr. Oetker's Puddingpulver

kommen niemals lose, sondern nur in Originalpaketen mit der Schutzmarke

**„Oetker's Heilkopf“**  
in den Handel.



### Konditorei Starke Kaffeehaus

Königstr. 25 Teleph. 8860

Täglich von 10 Uhr früh: Frisches Gebäck!  
Ab 4 1/2 Uhr nachm. die berühmten (7082)  
**Raff-Zdenko-Künstler-Konzerte.**

### Konzerthaus Flora.

Freitag, den 22. September  
abends 8 Uhr:

## Der Fremdenlegionär

(im besetzten Gebiet verboten.)  
Eintrittspreise Mk. 20.—, 15.—, 10.—  
einschließlich Steuer. (7148)

### Mieterverein E. B. Lübeck.

#### Außerordentliche Hauptversammlung

Freitag, 22. September, abends 7 1/2 Uhr  
in den Zentralhallen, Dannewitzgrube.

1. Ergänzungsahlen, Sitzungsänderung.
2. Forderung der Vermieter auf mehr als die zwölfwache Friedensmiete.
3. Amtsgerichtsurteile. Neuaufnahmen vor der Vertammlung. Ausweis vorzeigen. (7121)

Eulenlauff Morgen, Damen (7116)  
Freitag, Tanz. Eintritt frei.

Genau wie

## Persil

wächst Seifenspulver

## Dedela

7189

p. Pt. 35<sup>00</sup> Mte.  
solange Vorrat reicht.

## Ferd. Kayser.

### Oberbüssau.

Zu dem am 24. Sept. stattfindenden (7126)

### Arbeiterradsfahrer-Ball

ladet freundlichst ein  
Der Verein  
und H. König.

### Café „Vaterland“

#### Täglich Konzert

der (7125)  
Samburger Künstler-Vereinigung.  
Direktion: Adolf Martens

### Hansa-Theater.

Heute Donnerstag,  
7 1/2 Uhr: (7109)  
**Die Bajadere.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Die Puppe.**  
Sonabend 7 1/2 Uhr:  
**Die Bajadere.**

Stadttheater Lübeck  
Donnerstag, 21. Septbr.,  
7 Uhr: Ab. C. Fiedler.  
Freitag, 22. Sept., 7.30:  
Ab. C. Der Musikant.  
Oper von Bittner.  
Sonabend, 23. Septbr.,  
7.30: Borst. f. d. Volkshöhne: Menzenges  
Eingelarten an der  
Theaterkaffe. (7126)  
Sonntag, 24. Sept., 2.30  
1. Fremden-Vorstell.  
Die Jüdin.  
7.30: Der Zigeuner-  
baron.  
Sinfonie-Konzerte  
Einführung d. Ab.-Karten  
am Donnerstag, d. 21.  
Sept., nachm. von 3.00  
bis 5.30 Uhr, am Frei-  
tag, 22. Sept., von 3 bis  
6 Uhr a. d. Theaterkaffe.



## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 21. September.

### Arbeiterpresse und Gewerkschaften.

Für die Gewerkschaften bedeutet die Arbeiterpresse ein unentbehrliches Kampfmittel. Sie steht ihnen jederzeit zur Verfügung, und täglich tritt sie für die gewerkschaftlichen Forderungen ein. Leider kümmern sich noch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder nicht um die Arbeiterpresse. Sie lesen bürgerliche Blätter, die den Unternehmern Beistand leisten und die Arbeiterschaft bekämpfen. Die Arbeiterzeitungen geraten in immer größere Bedrängnis. Da ist es Pflicht der Gewerkschaften, sich ihr Kampfmittel zu erhalten. Das hat eine Konferenz der Gewerkschaften und Angestellten der Gewerkschaften in der Provinz Brandenburg erkannt. Sie hat zur Not der Arbeiterpresse Stellung genommen und in einer Entschließung einmütig festgestellt, daß der gewerkschaftliche Kampf nicht mit Erfolg geführt werden kann ohne eine Presse, die die öffentliche Meinung im Sinne der Kämpfenden zu beeinflussen sucht. Sie hat weiter die Auffassung vertreten, daß Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterpresse untrennbar miteinander verknüpft sind, daß eins ohne das andere die gestellten Aufgaben nicht zu lösen vermag. In der Erkenntnis dieser Tatsache hat die Konferenz die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften erlucht, folgende wichtige Forderungen alsbald praktisch werden zu lassen:

1. Durch Ausschreibung eines außerordentlichen Pflichtbeitrages der Arbeiterpresse Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag muß mindestens 20 Mk. pro Mitglied betragen.
2. Die örtlichen Verwaltungsstellen sowie Ortsausschüsse aufzufordern, mehr als bisher für Veröffentlichungen den Inzeratenteil der Presse zu benutzen.
3. Die Mitglieder aufzufordern, Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden.

Die Konferenz verpflichtete sich, diese Forderungen im eigenen Bezirk zu verwirklichen, falls die Spitzenorganisationen nicht umgehend den geäußerten Wünschen Rechnung tragen sollten. Dieses Vorhaben der Gewerkschaftsvertreter ist nur zu begrüßen. Mögen die Spitzenorganisationen handeln, ehe es zu spät ist. Die Gewerkschaften brauchen die Arbeiterpresse. Muß diese ihr Erscheinen einstellen, so ist das der schwerste Schlag, der die Gewerkschaften trifft. Die Hauptlaste ist, daß jedes Gewerkschaftsmitglied Abonnent der Arbeiterpresse wird.

### Ausrüstung eines ABC-Schützen.

25 Mark für ein Schreibheft.

Wer kein Kind in die Schule schickt, hat sehr tief in den Säckel zu greifen, denn die Kosten des Schulbesuchs zeigen eine immer mehr nach oben steigende Tendenz.

Die Preise für die Gebrauchsgegenstände in der Schule sind in der letzten Zeit derart in die Höhe geschossen, daß es einem großen Teil sehr schwer fällt, oft sogar unmöglich ist, das Schulkind mit ihnen auszurüsten. Hierzu einige Zahlen. Ohne Schulmappe ist in Deutschland ein kleiner Schüler undenkbar. Der Preis für eine dauerhafte Ledermappe, nicht die beste, beträgt 1000—1200 Mk. Die aus Wappe und Leinwand sind natürlich viel billiger. Ihre Abnutzung erfolgt aber so rasch, daß es dringend geraten erscheint, die lebenszähre Ledermappe zu wählen. Die unentbehrliche Frühstücksmappe, der Stolz des Vaters, kostet an die 250 Mk.

Das sind einmalige Ausgaben, was sie zwar nicht wohlfeiler macht, aber immerhin als „Entschuldigungsgrund“ gelten kann. Nun aber die sich ständig wiederholenden Ausgaben. Man ist jetzt aus pädagogischen Gründen vielfach davon abgekommen, die Schiefertafel zum Schreib- und Rechenunterricht zu benutzen. Dort wo sie noch im Gebrauch sind, müssen die Väter sie mit etwa 50 Mk. das Stück bezahlen. Die selber so vergänglichen Griffel, früher Stück für einen Pfennig, sind um das hundertfache im Preise gestiegen. Das einfache lehrjahrezeitige Schulheft im blauen Umschlag, mit einfachen oder doppelten Linien ist nicht unter 25 Mk. zu haben. Der sparsame Familienvater wird das Schulheft für den Sprößling selbst anfertigen müssen. Zwei Bogen weißes Papier zu 3 Mark das Stück, einmal gefaltet, ein blauer Umschlag (1 Mk.) darum gelegt, eine Etikette aus irgend

einem Stück Papier geschnitten, darauf geklebt, und das Heft ist soweit fertig. Allerdings müssen die Bogen selbst liniert werden. Dazu gehören Zeit, Ausdauer, sichere Hand, Lineal und Bleistift. Ein Bleistift (besseres, brauchbares Fabrikat, aber noch keine „Marke“) kostet 5 Mk. und mehr das Stück, ein Lineal 5 Mk. und mehr.

Die Vorkblätter in den Heften, früher eine Gratisbeigabe, verursachen heute eine Ausgabe von 5 Mk. für 10 Stück. Schwarze Tinte ist nicht unter 15 Mark das Fläschchen zu haben. Der unentbehrliche Ge- und Verbrauchsartikel, die Schreibfeder, kostet im Kleinhandel 1 bis 2 Mark das Stück. Ihre Gebrauchsfähigkeit ist so gering, besonders in der schweren Schreibhand des Kindes, daß eigentlich mit dem Duzendpreis gerechnet werden muß. Für den Federhalter muß man mindestens 2 Mk. ausgeben. Zum Bleistift gehört der Radiergummi. Ein nur halbwegs zweckentsprechendes Stück Radiergummi erfordert eine Ausgabe von drei Mark. Mit den hier aufgezählten Requisiten ist der Federkasten des ABC-Schützen zur Not gefüllt. Der Kasten selbst, ein einfacher Schieb- oder Klappkasten, kostet 30 Mark. — Bei Schülern höherer Lehranstalten sind diese Zahlen natürlich erheblich größer. Um nur ganz wenig Beispiele anzuführen: Ein Zeichenblock mit zehn Bogen Papier kostet 20 Mk., der Zirkel 60 Mk. Das sind Zahlen, die dem Familienvater, mehr noch einer Witwe mit schulpflichtigen Kindern schwere Sorgen aufbürden.

### Schiedspruch für das Baugewerbe.

Nachdem die in dem Schiedspruch vom 28. August vom Bezirkslohnamt aufgestellte Voraussetzung erfüllt war, lagte am 18. September das Bezirkslohnamt in Neumünster, um für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Rugen eine Nachprüfung der Löhne vorzunehmen. Nach Würdigung der von den Statistischen Ämtern festgestellten Löhne wurde vom Bezirkslohnamt folgender Schiedspruch einstimmig gefällt: Für die Zeit vom 1. September bis 30. September 1922 einfließt, wird für die gesamten Vertragsgebiete sämtlichen Arbeitnehmern auf die bestehenden tariflichen Löhne ein Aufschlag von 40 Prozent gewährt unter Abzugung der sich ergebenden Pfennige auf volle 10 Pfa. nach oben. Die Zustimmungsrufe der Parteien ist auf den 23. September festgesetzt und ist bis dahin das Meistbietende dem unparteiischen Vorsitzenden zu melden. Die nächste Tagung des Bezirkslohnamtes ist auf den 2. Oktober vereinbart.

### Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages.

Die am 25. April 1922 und am 17. Juni 1922 abgeschlossenen Nachträge zu dem Tarifvertrag für die kaufm. Angestellten Lübecks sind durch Verfügung des Reichamts für Arbeitsvermittlung für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1922. Alle kaufmännischen Angestellten mit Ausnahme der Angestellten des Kleinhandels und der Metallindustrie haben damit Anspruch auf die durch die Nachträge festgelegten Gehälter, ganz gleich, ob die betr. Arbeitgeber Mitglied des Arbeitgeberbundes sind oder nicht.

### Erhöhung der Bezüge der Altersunterstützungsempfänger.

Die Bezüge der Altersunterstützungsempfänger sind letztmalig mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 erhöht worden. Angesichts der seit diesem Zeitpunkte ständig fortgeschrittenen Geldentwertung und der drückenden Notlage, in der sich die alten, nicht mehr arbeitsfähigen früheren Angestellten und Arbeiter des Staates und deren Witwen befinden, hält der Senat eine wirksame Verbesserung der Bezüge der Altersunterstützungsempfänger für dringend geboten. Er beschließt, dem Vorschlag seiner Beamtungskommission folgend, die Unterstützung in ungefähiger demselben Verhältnis zu erhöhen, wie die gesetzlichen Ruhegehälter seit dem 1. Oktober 1921 erhöht worden sind. Die Bezüge werden hierdurch allgemein auf das Fünffache der jetzigen Beträge festzusetzen sein und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1922 ab. Die künftigen Gesamtbezüge, die sich zwischen 7500 Mark und 22500 Mk. jährlich bewegen, werden in der Weise in Unterstützung und Teuerungszuschlag zerlegt werden, daß als Unterstützung die augenblicklichen Gesamtbezüge gelten, während der Rest (400 v. H.) als Teuerungszuschlag anzusehen ist. Gelegentlich der Prüfung der Verhältnisse der einzelnen Altersunterstützungsempfänger hat sich herausgestellt, daß in einigen Fällen die Bewilligungsdauer abgelaufen ist. Mit Rücksicht darauf, daß die Erwerbs- und Einkommensverhältnisse der in Betracht kommenden Personen unändert geblieben sind, empfiehlt der Senat, die Unterstützung auf den gleichen Zeitraum wie bisher weiter zu bewilligen. Der Senat stellt einen entsprechenden Antrag zur Genehmigung der Bürgererschaft.

### Ankauf von Gelände für Siedlung und Kleingärten.

Zwischen der Finanzbehörde und der Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals haben Verhandlungen stattgefunden wegen Erwerbes von Landflächen aus dem Hofe Strednitz. Die zu erwerbenden Flächen sollen teils für Siedlungszwecke, teils als Kleingärten Verwendung finden. Die Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals hat sich bereit erklärt, die für Siedlungszwecke bestimmte Fläche für 4,50 Mk. pro Quadratmeter und die für Kleingärten in Aussicht genommene Fläche für 3,50 Mk. pro Quadratmeter zu verkaufen. Die Kosten werden halbiert. Es sollen erworben werden: für Siedlungszwecke 18 Hektar 42 Ar, für die Einrichtung von Kleingärten 13 Hektar 17 Ar. Der Gesamtkaufpreis stellt sich auf etwa 1290 173,50 Mk. Der Senat ist mit dem Erwerb der Landflächen einverstanden und stellt einen entsprechenden Antrag zur Genehmigung der Bürgererschaft.

### Die Grenze der Angestelltenversicherung.

Durch eine Verordnung vom 12. September 1922 ist mit Wirkung vom 1. September 1922 an die Versicherungspflichtgrenze von 100 000 Mk. auf 300 000 Mk. erhöht worden. Die Beiträge sind dieselben geblieben; es sind mithin bei einem Jahresverdienst von mehr als 75 000 Mk. bis 300 000 Mk. in Klasse P monatlich 110 Mk. zu zahlen. Solchen Versicherten, die infolge Ueberstreichens einer Gehaltsgrenze ausgeschlossen waren und nun wieder versicherungspflichtig geworden sind, werden die Kalendermonate der Zwischenzeit für die Erhaltung der Anwartschaft angerechnet. Neue Möglichkeiten für die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund von Lebensversicherungsverträgen sind nicht vorgesehen.

### Bongen und Herkules.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ beschäftigen sich jetzt fast täglich mit der Sozialdemokratie. Am Sonntag schrieb das deutschnationale Blatt über die sozialistische Zeitung: „Jeder, der das Leben und Treiben innerhalb der sozialdemokratischen Partei kennt und weiß, daß gerade in ihnen Parteielümmel und Partebonzentum eine ausschlaggebende Rolle spielen, wird sich der Erwartung nicht verschließen können, daß der Streit der feindseligen Brüder eines Tages aufs neue ausbrechen wird.“ — Diese lebhafte Erwartung ist von den Deutschnationalen zu verstehen. Wissen sie doch ganz genau, daß die Zerspaltung der Arbeiterschaft ihrer Partei zum Vorteil gereicht. Zwei Tage später aber muß die alte Tante in der Königsstraße feststellen, daß die Einigung doch vollzogen wird. Sie tröstet sich aber und sagt: „Die sozialdemokratische Partei wird nicht als kräftiger Herkules aus dem Bade der Wiedervereinigung ans Ufer steigen.“ Dann aber eilet der Artikelreiber mit dem Gipfel der Verleumdung ausgerüstet auf seinem alten Gaul eine schneidige Attacke gegen die Sozialdemokratie: „Nabei weiß die Sozialdemokratie ganz genau, daß die Wirtschaftslage der Massen durchaus nicht von dem Preis für das Holz getreide abhängig ist, sondern daß alle unsere Wirtschaftsnöte auf die Auslassung unserer Kraft durch die Erfüllungspolitik und auf die ständige Minderung unserer Produktion zurückzuführen, beides Erscheinungen, an denen die Sozialdemokratie doch nicht ganz unschuldig ist. Denn was das Harre und mechanische Festhalten an dem Aktendentag, was die Einrichtung der Betriebsräte und andere sozialistische Experimente für den Ausfall unserer Produktion zu bedeuten haben, das kann sich die Sozialdemokratie von jedem Wirtschaftskenner sagen lassen.“ — Solche Sätze kann nur ein „Herkules“ der Verleumdung oder ein wirklicher „Partebonzent“ schreiben.

### Von der kommunistischen Partei.

Aus der Parteikasse der K.D., Ortsgruppe Lübeck, sind angeblich 3000 Mk. verschwunden. Die Parteimitglieder Rinkel und Saß behaupten, daß das bisherige Mitglied C. Zahn dieses Geld entwendet hat. Letzterer wehrt sich gegen diese Beschuldigungen und will gegen die Verbreiter dieses Gerüchtes Klage erheben. Er hat auch, wie wir erfahren, bereits versucht, gegen Rinkel und Saß gerichtliche Vorzugehen. Zahn verlangt auch, daß die Angelegenheit in der Öffentlichkeit ausgetragen wird. — Wo ist das Geld nun geblieben? Kleinigkeit! Rußland kann es ja leicht erheben.

### Die Berufsberatungstelle beim Arbeitsamt schreibt uns auf das Einaeländ, eines beforaten Vaters, daß sie als behördliche Einrichtung sich auf eine Erörterung in der Presse nicht einlassen kann. Die Berufsberatungstelle ist aber bereit, jedermann Auskunft über alle mit der Berufsberatung zusammenhängenden Fragen zu geben. Sprechstunden vormittags von 11—12 Uhr und dienstags und donnerstags nachmittags von 4½—7 Uhr, Untertrave 104, Zimmer 10.

## Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Artur Zidler.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Im warmen, lichtvollen Mittag, der sie müde machte, bogen die Gesellen in ein Wäldchen ein und warfen sich ins Gras. Insetten summten im Seidetrant, kein Laut rührte sich. Paul und Hans stiegen sich abseits der anderen auf den gefällten Stamm einer Birke.

„Was wollt ihr den auf der Landstraße, Hans? Wie es euch ergehen wird, kann ich euch sagen. Ihr seid jung und könnt euch nicht mit dem Schicksal abfinden, das dem armen Teufel begehren ist: lebenslang zu arbeiten, ohne etwas für sich zu verdienen. Ihr bildet euch ein, irgendwo in der Welt sei es anders, aber ihr irrt euch. Es wird überall mit Wasser gekocht. Überall stehen die ekelhaften Maschinen, die ihr in Gang halten müßt, wenn ihr etwas zu freieren haben wollt. Monatslang müßt ihr arbeiten und sparen, damit ihr wieder für einige Tage auf die freie Straße könnt — es sei denn, ihr wollt Landstreicher werden, doch dazu gehört ein besonderes Zeug. Was ihr vom Leben erhofft — und ich weiß, wo ihr hinauswollt — bringt die Baga-bordage nicht ein. Der Kampf mit Hunger und Kälte, mit Mühsal und sonstigem Ungeziefer ist nicht jedermanns Sache, am wenigsten die eure. Man muß da etwas Entscheidendes hinter sich haben, was ausreicht, mit dem Dasein, auf das ihr zuwollt, ein für allemal zu brechen. Es wird wenig Zweck haben, dir zu erzählen, was mich zum Landstreicher gemacht hat, es ist eine furchtbar einfache und einfach furchtbare Geschichte, aber du bist ein junger Hund, um sie zu verstehen; ich spreche auch nicht gern darüber. Nicht weil ich fürchte, daß du mit dem Uebermut, den junge Hunde an sich haben, darüber lachen könntest — es trifft mich nichts mehr —, aber ich sehe deinen Weg vor mir, du bist ein anderer Mensch als ich, und es wird dir anders ergehen. Einmal war ich auch ähnlich, und darum habe ich euch beide sehr gern. Was euch herumtreibt, sind die jungen Säfte in euch, und die werden euch bald in Ruhe lassen, wenn ihr euch zu den Frauen gefunden habt. In einer der Städte werdet ihr hängen bleiben und wieder festhaft werden, und dann gehört ihr bald zu den Bürgern ohne Geld, die sozialdemokratisch wählen und in Versammlungen Krach machen, weil sie nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten. Ich finde das ganz natürlich, aber es ist nicht meine Sache. Dazu gehört, daß man einer von den vielen ist, von denen man sich nicht lösen kann und will — die mich für

mein Teil weniger angehen als die bunte Fliege, die sich eben auf meinen Aermel geklebt hat...“

Hans war verwirrt, er wollte etwas sagen, dann sah er des anderen Gesicht, das trotz der harten Furchen voll einer fremden klaren Schönheit war, und er schwieg. Paul stand auf und ging zur Straße hinüber, wo er stehen blieb, Hans folgte ihm nicht, sondern ging zu Rudi. Der döste in den Himmel und kante an einem Salin.

„Morgen sind wir in Bremen, Rudi, was wollen wir dann beginnen?“

„Offen gesagt: so schön das Wetter ist, ich möchte es mit Gewalt verlassen, Arbeit zu finden. Es fällt mir schwer, bei den Bauern herumzusehen, deren Verachtung mich niederdrückt. Heute morgen brachte mir ein blondes hübsches Mädchen ein Stück Brot. Ich wagte sie nicht anzusehen, wie gern hätte ich ihr die Hand geküßt, wenn mir nicht der Mut dazu gefehlt hätte. Wäre ich allein gewesen, so hätte ich mich als Knecht verbunden, bloß weil ich mir so liebhaft vorstellte, wie schön ein Abend war, da ich mit einem Mädchen an den Feldern entlang streifen könnte.“

Paul pffir von der Straße herüber, und die Kumpanei brach auf. In Hügeln gewellt, wie ein erstarres braungrünes Meer lag die Heide zu beiden Seiten der Straße. Landfahrer kamen ihnen entgegen.

„Serous, Kunden! Wie weit ist es noch bis Bremen?“

„Ein halber Tag und eine ganze Nacht.“

„Wie sind die Bauern?“

Schlimmes Paß. Vor dem zweiten Dorf, in das ihr kommt, nehmt euch in acht. Dort hat ein Kunde vor einer Woche ein Mädchen mit Gewalt umgelegt. Jetzt hatten die Rufschilder die Krüge bereit. Der Wehretter hat ein Rad, und wenn er euch laufen läßt, so bloß darum, weil das Spritzenhaus schon voll ist. Morgen geht wieder ein Trupp nach der Schenigelswinde. Serous!“

Sie trauten weiter. „Wir machen einen Bogen um das Raff,“ entschied Paul.

Am Abend hatten sie das Dorf umgangen und kamen wieder auf die Landstraße zurück. Der Wind war kühl geworden, und die Sterne glommen fern und kalt. Müde torzelten die Kunden hintereinander her. Amanda sang mit hoher dünner Stimme:

„Als wir einmal in Hamburg waren, sind wir im grünen August gefahren.“

Da brachten sie eine ins Berlied. — —

Er hörte bald wieder auf, weil ihm die Kälte die Zähne zusammenfüg. Ein Zug mit hundert hellen Fenstern segte am Himmelrand dahin.

Kurz vor Mitternacht erreichten sie ein Dorf. Im Wirtshaus dengekete Langmusik. „Richtig,“ sagte Rudi, „s ist Sonntag heute.“ Knapp hinter dem Dorfe lag die kleine Bahnhstation. Die Kunden wollten es sich im Warteraum bequem machen. Da kam ein Eisenbahner und brüllte: „Was fällt euch ein, hier ist keine Penne. Schert euch weiter!“

„Führt heute noch ein Zug?“ fragte Hans.

„In einer halben Stunde der letzte, ein Personenzug nach Bremen.“ Die Freunde zählten ihre letzten Groschen, es fehlten zwanzig Pfennige. „Da habt ihr sie,“ sagte Paul und reichte ihnen die Hand: „Serous, Kunden!“

„Serous, fernus...“ Paul und die drei anderen kreten wieder hinaus in die Nacht.

XXIII.

Und wieder die Landstraße. Zwei Tage hatten sie in Bremen verbracht. hatten vor Roland dem Kiesen gestanden, den Arm der Baumwollbüchse beobachtet, im Rathaus die verräucherten Modelle alter, stolzer Kaufahrtsteilische bestaunt. hatten auf der Brücke gestanden und ins gelbe Wasser der Weser geschaut. Von der Gewerkschaft konnten sie Zehrgeld erhalten, wofür sie einen langen Schlaf taten und sich satt aßen, aber an Arbeit war nicht zu denken gewesen.

Nun schritten sie an den grünen Marschen entlang und waren schon froh, daß das Wetter heiter blieb. Geld hatten sie keins mehr, sie mußten fleißig ansprechen. Das Geld ihnen jetzt leichter. Sie machten sich wenig daraus, wenn ihnen eine Tür ungeöffnet wurde. Es fehlte nicht an lustigen Zwischenfällen. So standen sie einmal vor dem Hause eines Dorffleischers und schauten durch das geöffnete Fenster in die Wohnstube, wo der Meister mit seiner Familie am Kaffeetrinken war.

„Verdammt Landstreicher,“ polterte der Schlachter vom Kaffeetische her, „seht zu, daß ihr vom Fenster wegkommt, ihr Bissenstähler. sonst fliegt euch etwas an den Kopf!“

Hans bekam es mit der Frechheit. „Ihr habt gut reden, Meister. Ihr habt euch einen dicken Bauch zurechtgestrichen und wißt nicht, wie ungesundem zumute ist.“

„Du bist das frechste Was, das mir jemals in den Topf geguckt hat. Wollt ihr euch jetzt endlich scheren?“

„Wir denken nicht daran. Jetzt guten wir solange zu, bis wir kalt sind.“

Pauline — was sagst du dazu! — Pauline sagte gar nichts. Pauline war einfach sprachlos. So entstand eine Pause, bis der Alte des Nachwuchses meinte: „Hau sie aufs Maul, Vater.“ Der überlegte.

(Fortsetzung folgt.)



### Milch 36 Mark.

Die Milchkommission des Landesversorgungsamtes setzte den Preis für Vollmilch auf 36 Mk. pro Liter fest. Das ist gegenüber der Vorwoche wieder eine Preissteigerung von 4 Mk.

### Die neuen Postgebühren ab 1. Oktober 1922.

**Postkarten im Ortsverkehr** 1,50 Mk., im Fernverkehr 3 Mk.  
**Briefe im Ortsverkehr** bis 20 Gr. 2 Mk., über 20 bis 100 Gr. 4 Mk., über 100 Gr. bis 250 Gr. 6 Mk.  
**Briefe im Fernverkehr** bis 20 Gr. 6 Mk., über 20 bis 100 Gr. 8 Mk., über 100 bis 250 Gr. 10 Mk. (Für nicht oder ungenügend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Gebühretrages mindestens aber ein Betrag von 50 Pfg. erhoben.)  
**Drucksachen** bis 20 Gr. 1 Mk., über 20 bis 50 Gr. 1,50 Mk., über 50 bis 100 Gr. 3 Mk., über 100 bis 250 Gr. 6 Mk., über 250 bis 500 Gr. 8 Mk., über 500 Gr. bis 1 Kgr. 10 Mk.  
**Ansichtskarten**, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 1 Mk. (Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.)  
**Geschäftspapiere und Mißgebundenen** bis 250 Gr. 6 Mk., über 250 bis 500 Gr. 8 Mk., über 500 Gr. bis 1 Kgr. 10 Mk.  
**Warenproben** bis 250 Gr. 6 Mk., über 250 bis 500 Gr. 8 Mk. (Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Gebühretrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pfg. nachgehoben.)  
**Päckchen** bis 1 Kgr. 12 Mk.  
**Pakete** bis 5 Kgr. Nahzone 30 Mk., Fernzone 80 Mk., über 5 bis 7 1/2 Kgr. Nahzone 40 Mk., Fernzone 120 Mk., über 7 1/2 bis 10 Kgr. Nahzone 60 Mk., Fernzone 160 Mk., über 10 bis 15 Kgr. Nahzone 100 Mk., Fernzone 280 Mk., über 15 bis 20 Kgr. Nahzone 140 Mk., Fernzone 360 Mk. (Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete — bis 5 Kgr. in der Nahzone kosten 15 Mk.)  
**Wertsendungen** (Wertbriefe und Wertpakete). Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherunggebühr beträgt für je 1000 Mk. der Wertangabe 3 Mk., mindestens bei einer Sendung 5 Mk.  
**Postanweisungen** bis 100 Mk. 6 Mk., über 100 bis 500 Mk. 10 Mk., über 500 bis 1000 Mk. 12 Mk., über 1000 bis 2000 Mk. 16 Mk., über 2000 bis 5000 Mk. 20 Mk. (Weißbetrag ist von 2000 auf 5000 Mk. erhöht.)  
**Einschreibgebühr** 4 Mk.  
**Eilbestellung** bei Vorauszahlung für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 6 Mk., nach dem Landbestellbezirk 18 Mk.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 12 Mk., nach dem Landbestellbezirk 24 Mk.  
**Bei eingeschickten Zahlkarten** bis 100 Mk. einschließlich 3 Mk., über 100 bis 500 Mk. 5 Mk., 500 bis 1000 Mk. 6 Mk., 1000 bis 2000 Mk. 8 Mk., 2000 bis 5000 Mk. 10 Mk., 5000 bis 20 000 Mk. 12 Mk., für je weitere 10 000 Mk. oder einen Teil dieser Summe mehr 6 Mk.; für barablos bezahlene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 30 Mk. für eine Zahlkarte; für Kassenscheine, die barablos bezahlten werden, 1/2 vom Tausend des Scheinbetrages, für Vorauszahlungen mit Postcheck 2 vom Tausend des Scheinbetrages.  
**Gewöhnliche Telegramme** für jedes Wort 5 Mk., mindestens 50 Mk. im Ortsverkehr jedoch 3 Mk. für jedes Wort, mindestens 30 Mk.  
**Die Anlagesgebühren** für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Seearbeitsgesetz (jedoch Bänden nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Anlagesgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Preussen und Österreich (Bänden nach beiden Ländern nicht zugelassen).

### Nach dem Ausland:

**Postkarten** 12 Mk., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 9 Mk.; **Briefe** bis 20 g 20 Mk., jede weiteren 20 g 10 Mk. (Weißbetrag 2 kr.) jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 g 15 Mk., jede weiteren 20 g 10 Mk.  
**Drucksachen** für je 50 g 2 Mk.  
**Fliegenbriefe** für je 500 g 2 Mk. (Weißbetrag 3 kg), jedoch nach der Tschechoslowakei und Ungarn für je 500 g 10 Mk.  
**Geschäftspapiere** für je 50 g 4 Mk., mindestens 20 Mk.  
**Warenproben** für je 50 g 4 Mk., mindestens 8 Mk.  
**Eilbestellgebühr** für Briefsendungen 40 Mk.  
**Einschreibgebühr** 4 Mk.  
**Rücksendungsgebühr** 3 Mk.  
**Vorzugsgebühr** für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 4 Mk.  
**Gewichtgebühr** für Wertkästchen für je 50 g 8 Mk., mindestens 40 Mk. (Dazu Einschreibgebühr von 4 Mk.).  
**Verpackungsgebühr** für Wertbriefe und Wertkästchen für je 9000 Mk. 5 Mk.  
**Postanweisungsgebühr** bis 500 Mk. 5 Mk., über 500 bis 1000 Mk. 10 Mk., jede weiteren 1000 Mk. 5 Mk., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postankalen im Ausland für jede weiteren 1000 Mk. 10 Mk.  
**Behandlungsgebühr** für Wertpakete 4 Mk. (Versicherungsbetrag unverändert).  
**Nachnahmegebühr** für Pakete 5 Mk. für je 500 Mk. des Nachnahmebetrages, jedoch nach Frankreich, französische Kolonien usw. 4 Centimes (umzurechnen nach dem Gegenwert für Paketgebühren), für je 10 französische Franken, mindestens 5 Mk.



**Der Feuerzuzwilling für Fernsprechtgebühren** wird vom 1. Oktober 1922 ab auf 600 v. G. erhöht. Die Fernsprechnutzer können ihre Fernsprecheinrichtungen bis zum 25. September zum 30. September kündigen.

**Dampfer Thor in See.** Aus Kopenhagen wird gemeldet: Dampfer Thor, der auf der Routenfahrt nach Sibirien und Ostsee verkehrt, befindet sich in der Einfahrt zur Rostocker Förde. Bisher gelang es das Schiffe wegen nicht dem Dampfer Hilfe zu bringen.

**Das Abstimmungsresultat auf den Werften.** Der Schiedspruch wurde mit 24 798 gegen 18 990 Stimmen angenommen. Die Unternehmer haben den Schiedspruch ebenfalls angenommen.

**Jugendliche Retter.** Unweit der Dankwartbrücke fiel vor einigen Tagen ein Kind von der hohen Raismauer in die Trave. Kurz entschlossen sprang der Schüler Robert John von der V. St. Lorenzschule in voller Kleidung dem Kleinen nach und brachte das Kind mit Unterstützung von noch zwei Jugendlichen, die gleichfalls nachgeholfen waren, aufs Trockene. Die Namen der letzteren wurden leider nicht ermittelt. Ein lautes Bravo der Umstehenden war der Dank für die drei mutigen Jungen.

**pb. Ermittelter Schwindler.** Ein Landwirt aus Büthen, der eine Landkette in der Gutiner Gegend an eine hiesige Frau für 740 000 Mark verkauft hatte, ohne der rechtmäßige Eigentümer des Grundbesitzes zu sein, war von hier flüchtig geworden. Durch die von einem hiesigen Kriminalbeamten aufgenommene Verfolgung des Flüchtigen, der sich bereits in verschiedenen Städten aufgehalten hatte, konnte der Landmann in München durch den Beamten festgenommen und nach hier zurückgebracht werden. Der größte Teil des unrechtmäßig erworbenen Geldes konnte sichergestellt werden.

**pb. Diebstahlgeheuer.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Ribnitz, das in einem Pensionat und in einem Hotel verschiedene Silberfachen und Tischwäsche gestohlen hatte. Das obdachlose Mädchen bestahl dann auch noch eine hiesige Einwohnerrin, von der es aus Mitleid aufgenommen war. Auch in einer erhaltenen Stellung konnte sie ihre verbrecherische Neigung nicht unterdrücken, sondern eignete sich auch dort wieder verschiedene Silberfachen an. Der größte Teil der gestohlenen Silberfachen, die das Mädchen in Edelmetall-Ankaufsstellen verkauft hatte, konnte wieder herbeigeschafft werden.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Sitzung der Bürgerfraktion.** Freitag abend, 6 Uhr, im Rathaus.

**Stadt-Theater.** Im Freitag-Abonnement wird eine Opernovität für Lübeck gegeben: „Der Musikant“, von Julius Bittner. Liebt ist die 50. Bühne, die dieses Werk innerhalb 10 Jahren bringt, somit ist diese Aufführung von „Der Musikant“ eine Jubiläumsfeier.

**Danza-Theater.** Heute, Donnerstag, sowie Sonnabend wird „Die Bajadere“ mit Gissy Niemi, in der Titelrolle gegeben. Freitag und Sonnabend gelangt „Die Puppe“, Operette in 3 Akten, mit Ella Loeb in der Titelrolle, zur Aufführung.

### Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Ein Kurz eines Lagerchuppens. Mittwoch morgen stürzte am Veddersdamm ein Lagerchuppenneubau ein, wodurch zwei am Bau beschäftigte Leute unter den Trümmern verdrückt wurden. Sie konnten von der Feuerwehr bald geborgen werden und kamen mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus.

**Lauenburg.** Bürgermeisterwahl. Bei der Wahl eines Bürgermeisters für unsern ausgegliederten Genossen Stell erhielt Bureauinspektor Holamp in Hamm i. W. 298 Stimmen und ist somit gewählt. Die bürgerlichen Wähler übten Wahlenthaltung.

**Sarburg.** Einen qualvollen Tod erlitt ein dreijähriger Knabe, der von einer vierjährigen Spielfahrerin in eine Wanne mit heißem Wasser gestochen wurde. Der am ganzen Körper schwer verbrannte Knabe starb einige Stunden nach Ueberführung in das Krankenhaus.

**Kiel.** Die Schleswig-Holsteinischen Wirtinnen gegen die Schlemmersteuer. Der Provinzial-Wirtenerband von Schleswig-Holstein hielt in Kiel eine aus dem ganzen Bezirk hart besuchte Protestversammlung gegen die geplante Schlemmersteuer und andere das Wirtsgewerbe belastende Steuern ab. Es wurde eine Entschließung der Vertreter des gesamten Wirtstandes der Provinz Schleswig-Holstein, des Freistaates und der Provinz Lübeck gegen den Entschluß des Ministeriums des Innern betr. die sog. Schlemmersteuer gefaßt; es handelte sich hierbei lediglich um eine verkappte Umsatz- und Luxussteuer, ein Ertrag für die norddeutsche Bevölkerung werde dadurch nicht erzielt werden.

**Oldenburg.** Mitwirkung der Schulen an der inneren Festigung der Republik. Das oldenburgische Ministerium der Kirchen und Schulen hat im Anschluß an eine entsprechende Verordnung des Reichsministeriums des Innern eine Verfügung erlassen. Zur Ausführung derselben richtet nun das oldenburgische Oberstudienkollegium an sämtliche ihm unterstellten höheren Lehranstalten einschließlich der Seminare, Lyzeen, höheren Bürgerschulen, Mittelschulen, Volks- und Privatschulen folgendes Rundschreiben: a) Die Ministerialverordnung ist allen Lehrpersonen sofort zur Kenntnis zu bringen und zur Unterrichtsverfolgung vorzulegen. Es ist bis zum 1. Oktober zu berichten, wann dies erstmalig geschehen ist. b) Bis zum 1. Dezember ist zu berichten, ob § 3 der Ministerialverordnung durchgeführt ist. Derselbe lautet: „In der Schulpflicht alle Bücher zu entfernen, welche der Jugenderziehung für die monarchische Staatsform schädlich sein können.“ c) Bis zum 10. Mai ist stets ein Verzeichnis der an den Schulen vorhandenen Schülervereine und der von der Konferenz erlaubten Vereine, die nicht ausschließlich aus Schülern oder Schülerinnen der Anstalt bestehen, einzureichen. Dabei ist die Anzahl der den verschiedenen Vereinen angehörenden Schüler oder Schülerinnen nach Klassen und Vereinen getrennt anzugeben.

**Strom.** Rettung Schiffbrüchiger. Die Rettungsfaktion Helgoland der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Am 21. September sind vom deutschen Schoner Nr. 1. Karthaus, Kapitän Schürmer, der auf der Düne gestanden 6 Personen mit Notarbeits gerettet worden.

### Aus aller Welt.

**Kassengeld eines Fahradentwerfers.** Ein äußerst vermöglicher Kassengeld wurde in einem Hotel in Berlin verlohrt. Der Täter kehrte an der Straßenkassette bis zum Balkon im ersten Stock emporgang und ließ durch eine offene Tür in ein Hotelzimmer

ein, in dem zwei Damen aus Wien logierten. Eine dieser Damen wurde durch das Geräusch plötzlich wach und sah, wie ein fremder Mann eine Handtasche, die 13 000 Mark bares Geld und Schmuckstücke im Werte von 3 Millionen Mark enthielt, vom Nachtschlaf raubte. Als der Räuber bemerkte, daß die Dame erwacht war, zog er einen Revolver, schlug diesen auf die erschreckte Dame an und ging dann rückwärts mit der wertvollen Beute nach dem Balkontenfenster, um wieder auf demselben Wege zu verschwinden, auf dem er gekommen war. Ehe die Beraubte sich noch von ihrem Schreck erholen konnte, war der Dieb bereits spurlos verschwunden. Nach den bisherigen Feststellungen hat der Hotelräuber einen Helfer gehabt, dem er die Beute vom Balkon aus zuwarf. In der geraubten Reisetasche befanden sich ein aus 161 Perlen bestehendes Halsband, außerdem zwei kostbare Ringe und eine Brosche.

**Gheltich verdiente Züchtigung.** Ein Landwirt verkaufte in Hameln Butter zum Preise von 270 Mark das Pfund, obwohl beste Meiereibutter 250 Mark kostet. Trotz Vorhaltungen der Marktbeamten bequeme er sich nicht dazu, billiger zu verkaufen, sagte vielmehr: „Wer den Preis nicht bezahlen will, soll Käse schmecken!“ Diese beleidigende Aeußerung genügte, um die umstehenden Käufer und Käuferinnen in helle Wut zu versetzen. Es hagelte Fausthiebe auf den Mann in so ungezügelter Menge nieder, daß die Polizei ihn, um ihn vor weiteren Gewaltthatigkeiten zu schützen, in Schutzhaft nehmen mußte. Der Korb mit der teuren Butter hatte unterdessen billige Viehhäber gefunden.

**Der erste Schnee im Harz.** Im Harz ist Frost eingetreten und der erste Schnee gefallen. In der vergangenen Nacht herrschte eine Temperatur von Minus 1 Grad. Auf dem Brocken liegt eine Schneedecke von einem Zentimeter.

**Jugentalerlei bei Augsburg.** Auf der Eisenbahnstrecke Augsburg-München entgleiste in der Nähe von Augsburg der fahplanmäßige Personenzug. Sechs Wagen stürzten um. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet. Mehrere Reisende sind schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Zahlungsunfähige Stadt.** Die Stadt Löbejün bei Halle, die bereits einmal zahlungsunfähig war, weil die Kommunisten leinzeit als Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium den Etat ablehnten, ist jetzt wieder zahlungsunfähig. Die Stadt ist seit mehreren Tagen ohne Straßenbeleuchtung, weil die elektrische Ueberlandzentrale, bei der die Gemeinde Schulden hat, erst Geld verlangt, ehe sie weiter Strom liefert.

### Theater und Musik.

#### Stadttheater.

Das Stadttheater brachte Dienstag als Erstaufführung George Bernard Shaws vieraktige Komödie „Der Liebhaber“. Die Komödien Shaws haben sich längst die Spielpläne deutscher Bühnen erobert; es ist zu begrüßen, daß unser Stadttheater diesem Zeitaktuelen gelegentlich das Wort erteilt. Die englische Literatur der neueren Zeit ist verhältnismäßig sehr arm an Dramatikern, und streng genommen kann sie den Briten Shaw nicht einmal in ihren Reihen mitzählen. Shaw ist ganz Fre: temperamentvoll, satirisch bis zum Sarkasmus, Spötter; aber er ist mehr als Fre, er ist ein Schriftsteller von europäischem, ja von Welttruf. Unter den neueren gefeierten Schriftstellern ist vielleicht keiner so umfritten wie er; was die einen als selbstgefällige Pose an ihm tabeln, ist den andern eine starke Seite seines Könnens. Jedenfalls suchen wir unter den heutigen Dramatikern vergeblich nach einem schärferen Kritiker des Gesellschaftslebens. Shaw, der einst die Fahne der Arbeitslosen durch Londons Straßen trug und der längst als einer der bestechendsten englischen sozialistischen Publizisten galt, hat sich seinen sozialistischen antimilitaristischen Grundzug bewahrt; auch seine literarischen Gegner bekennen, daß dieser Zug echt und ernst an ihm ist. Von dieser Marke aus bekämpft er die „verrottete Kultur“, die von ihr aufgegebene Moral und Religion und den Kasengeist der modernen Gesellschaft. Zu einer Zeit, als die enalische Welt einen Marx, einen Richard Wagner, einen Ibsen bekämpfte, war er der glühendste Markämpfer dieser Größen. Sein Oppositionsgeist und sein satirischer Grundzug aber wehrte sich gegen Helbenerhebung und mit beikendem Spotte überschüttet er eine Gesellschaft, die aus großen Männern Göhen macht; die Spottlust erkrachte sich dabei auch auf die „Göhen“ dieser Gesellschaft selbst, und darin offenbar sich andererseits die Eitelkeit dieses gefeierten Schriftstellers, der im Grunde genommen scheinbar keine Größe anerkennt, es sei denn seinen Ruf als geistreicher Mann. Ein Homer, ein Shakespeare, ein Caesar gelten vor seiner spöttischen Kritik wenig; die Liebe, der stärkste menschliche Trieb, erscheint ihm als maßlose Ueberhöhung, gerade gut genug für eine komische dramatische Behandlung. Dem „Jösenismus“ und der Emanzipation der Frau stellt sein Spott und seine schillernde Satire in der Komödie „Der Liebhaber“. Der Kampf um den Mann steht im Mittelpunkt dieser Reittomödie. Shaw versteht es, durch seine geistreichen Einfälle und seine oft messerscharfe Kritik der Zeit, durch meisterhafte Dialoge und einen nicht ermüdenden Witz das Publikum zu fesseln. In der zweiten Hälfte des dritten Aktes treulich legt eine gewisse Breite ein, die die Spannung abflauen läßt; überhaupt steht die zweite Hälfte der Komödie nicht ganz auf der Höhe der ersten Akte. Jakob Ziegler ist zeitweise verantwortlich für die wohlgeungene Aufführung; in der Scenerie im Klubsaal erbliden die Erhöhung des mittleren Möbelkaufhauses vor dem karikierten Ibsenbilde wenig olulässig gewählt. sonst waren die Szenenbilder gut gestellt. Unter den Darstellern hand künstlerisch weitens im Vordergrund Karl Morans Leonard Charteries; Alth Gerhardt Teubners Dr. Baramore war eine ganz achtbare Leistung. Die Damenrollen waren bei Ella Kamm (Julia), Nora Hoch (Enlvia), Ady S. a. m. (Grace Transfield) nicht gleichmäßig in guten Händen. Die Darstellerinnen der Julia und ihrer Schwester unterstrichen viel zu stark die heftigsten Seiten der modernen Frauen; Julia ist launisch, jedoch ohne hysterische Note, und Enlvia sollte neben ihrer Kutschkoffert doch etwas mehr auch das verstehende Weib zeigen. Friedrich Janßen und Walter Brand stellten als Cuthbertson und Oberst Craven ihren Mann als Väter aus der vergangenen besseren Zeit. Brand muß besser seine Rolle lernen. Die Aufführung fand starken Beifall des gut besuchten Hauses. Besondere Ovationen erteilte Karl Moran.

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT Enameline

**1 oder 2 möblierte Zimmer**  
für einen Herrn sofort oder 1. 10. zu mieten gesucht. Offert u. A 419 an die Exp. (7147)

**Russcher.**  
Th. Härcker.  
Getreide - Futtermittel.  
Beim Reich 5/11. (7134)

**jun. Rossfleisch**  
I. ger. u. Keilwurst, Schmalz u. Speck.  
Fr. Kollmann.  
Reiterstr. 8. (7144)

**Cimerbier.**  
Freitag von 4-6 Uhr  
7127 Brauerei Wicken  
sowie Krautstraße 21 a.

**Rossfleisch**  
Prima fettes  
geschlachtet und ger. u. Keilwurst.  
C. Kühn.  
Schulstraße 9 b. (7137)

**Möbel**  
Guter. Spezi. Schlafzimmer. Säulen.  
Roldts Möbellager  
Fischerstraße 25/27. (7116)

**Cimerbier.**  
Freitag von 4-6 Uhr.  
7122 Brauerei Stamer. (7132)

**Kammerjäger**  
Heid. Sachverständ. Nittz 3. F. 1794.  
Radikalmarkt, g. Kopplaufer. (7130)

**Urbini**  
der gute Schuhputz.  
TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE (7118)